

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abohnenpreis mit der tgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenehren und Jugend einschließlich Druckerlob monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierzählig, M. 2,75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erhältlich täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Bettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Reklame werden die Geplante Reklame mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gerednet. Vereinsangebote 25 Pf. Interesse müssen bis spätestens 1/2 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 208.

Dresden, Montag den 8. September 1913.

24. Jahrg.

Die Aldeutschen fordern auf ihrer Tagung in Breslau neuen Ländereckwerb und weitere Militärrüstungen.

Ein drastischer Fall von Dienstherrnmissbrauch wird vom Vorwärts mitgeteilt.

Bei einer Offiziersreise in Adrianopel sollen Enver Pasa verwundet und vier Offiziere getötet worden sein.

Nach einem türkisch-russischen Zusammenschluss in Persien drohten türkische Offiziere der russischen Abteilung ihr Verhören aus.

In einem Kampfe vor Teheran hatten die Spanier 5 Tote und 15 Verwundete.

Bei Silma (Indien) sind 170 Personen, die von einem Plazieren überrascht wurden, ertrunken.

Ein Teil der Stadt Hot Springs (Arkansas) wurde durch eine gewaltige Feuerbrunst zerstört.

Die Regelung der Produktion.

In einem kürzlich erschienenen sehr umfangreichen Buch, das sich die Untersuchung der monopolistischen Tendenzen und ihrer Bedeutung innerhalb des Wirtschaftslebens in Deutschland und Amerika zur Aufgabe gemacht hat, sucht der Verfasser, J. Singer, den Nachweis zu führen, daß Deutschland immer mehr auf dem Wege sei, das Land des kapitalistischen Monopols zu werden. In Deutschland vollzieht sich der Zusammenschluß der einzelnen Industriezweige in Monopolstellung, einnehmend Verbindungen und Trusts unbehindert, unterstützt durch eine Hochschulgouvernance, in ungemein rascher Weise. In Amerika dagegen werden die monopolistischen Tendenzen unerbittlich verfolgt. Zugrunde liegt der Ablauf des Amtes, als Gouverneur von New-Jersey wurden in der Gesetzgebung dieses Staates sieben Anti-Trust-Vorlagen eingebrochen, die bereits am 19. Februar von ihm unterschrieben werden konnten. In dem wichtigsten dieser Gesetze wird der Trust als eine Vereinigung oder Vereinbarung zwischen zwei oder mehreren Gesellschaften, Firmen oder Personen bezeichnet, u. a. zur Verringerung der Produktion oder zur Erhöhung der Preise. Und die Teilnahme an einer solchen Vereinbarung ist ein Vergehen, das mit Gefängnis bis zu 2 Jahren oder mit Geldstrafe bis 1000 Dollar oder mit beiden Strafen zugleich bestraft wird. Unter der Präsidentschaft Wilson wurde demnach das Sherman-Gesetz vom Jahre 1890, wonach jede Verbindung in Form eines Trusts mit einer Geldstrafe bis 5000 Dollar oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre in den Vereinigten Staaten geahndet werden sollte, eine Verschärfung im Sinne der Gesetzgebung von New-Jersey erfahren. Diese Anti-Trust-Bewegung wird auch sicher einen Widerhall in Europa finden. An dem Gange der Entwicklung wird damit aber absolut nichts geändert werden. Wie oder ohne Anti-Trust-Gesetz treibt die kapitalistische Entwicklung unerbittlich auf eine Regelung und Organisierung der Produktion hin. Und es bleibt schließlich nur die Wahl zwischen kapitalistischem Monopol und sozialistischer Produktion.

Singer gibt ein sehr interessantes Bild von den monopolistischen Tendenzen in Amerika und in Deutschland. Die Konzentration der Betriebe vollzieht sich jenseits und diesseits des Ozeans ungeheuer rasch. In den Vereinigten Staaten entfielen bereits im Jahre 1900 auf bloß 11,5 Proz. der Etablissements 82,2 Proz. des Wertes der gesamten Produktion. 43,8 Proz. des Gesamtproduktion, fast die Hälfte, wurden in nur 1,1 Proz. der Betriebe erzeugt! Die Produktion von Stahl, Eisen, Eisen, Petroleum, Tabak (Zigaretten und Zigarren) und vielen Maschinen ist vertreten. Es bestehen elektrotechnische Trusts, Schuhmaschinentrust, Kautschuktrust, ein Aluminiumtrust, ein Vulkantrust, Schiffsbau-Trust, Warenhaustrust usw. In Deutschland sind die Unternehmerverbände und Kongresse mit monopolistischem Charakter nicht geringer. Und sie unterscheiden sich nicht wesentlich von den Trusts in Amerika, wo jeder Ring, jedes Kartell heute als Trust bezeichnet wird.

Mehr als die Hälfte der gesamten Steinkohlenproduktion in Deutschland, 86,9 Millionen Tonnen von insgesamt 100,7 Millionen Tonnen im Jahre 1911, entfällt auf das Rheinisch-Westfälische Kohlenmonopol. Der Stahlwerksverband produzierte im letzten Jahre an Halsberg: 60,31 Proz. des Inlandabsatzes und 80,89 Proz. des Exportes; an Eisenbahnmaterial: 62,81 Proz. des Inlandabsatzes und 37,19 Proz. des Exportes; an Formteilen: 74,39 Proz. des Inlandabsatzes und 26,61 Proz. des Exportes. Eine Monopolkonkurrenz haben in Deutschland zweifellos die elektrotechnischen Trusts. Wird doch heute die gesamte Elektroindustrie Deutschlands beherrscht von zwei großen Trusts: der A. G. G. und dem Siemens-Schuckert-Konzern. Im Geschäftsjahr der A. G. G. für 1911/12 wurde die Zahl der Angestellten mit 70 102 angegeben, davon 6001 in Wien, Niga und Mailand. Nach dem Geschäftsjahrsbericht von Siemens u. Halske für 1911/12 betrug die Anzahl der Angestellten über 77 000. In der Generalversammlung vom 3. Dezember 1912 der A. G. G. wurde der Auftragsbestand per 31. Oktober 1911, der im neuen Geschäftsjahr bis dahin ausgeführten Aufträge auf 457 Millionen Mark angegeben. Im Geschäftsjahr 1911/12 betrug der Auftragsbestand der A. G. G. 31 320 Tonnen. Das ist mehr als der achte Teil des gesamten Aufkommens Deutschlands. Ein vollkommenes Monopol besitzt in Deutschland der Spiritusdruck, der heute läudens geschlossen darstellt. Vertusst ist in Deutschland die

Fabrikindustrie, die ihren Aktiengewinne abwirft. Die Aktien der Fabrikwerke stehen im Kursteile zwischen 450 und 840. Die Deutsche Gold- und Silber-Scheideanstalt in Frankfurt a. M. verfügt über ein Bezugssrecht von 422 Proz., die Continental Cauchose- und Guilloperche-Compagnie über ein solches von 900 Proz. Das Kali-Monopol ist durch das Reichs-Kaligesetz vom Mai 1910 geregelt. Es bestehen ferner in Deutschland ein Soda-Trust, ein Glühförmertrust, Monopolnacht beißigen: der Aluminiun-Syndikat, das Zink-Syndikat, der Beimkraut, das Zute-Syndikat, das Linoleum-Syndikat, das Druckpapier-Syndikat, der Glas-Syndikat, das Spiegelglas-Syndikat, das Syndikat der Stein-Zufabrik. Die Seiden-Kartelle, der Reis-Trust, der Vulcana-Trust und eine Reihe anderer Verbände beherrschen ebenfalls den ganzen Markt.

Neben diesen hier angeführten Trusts in Deutschland gibt es zahlreiche Ringe, die sich immer fester schließen. Und in allen Zweigen der Industrie ist die Tendenz des Zusammenschlusses zu beobachten. Das allgemeine Ziel ist dabei, Überproduktion und Preisunterbietungen zu verhindern, die Produktion also zu regeln. Ist das kapitalistische Monopol geschlossen, dann müssen freilich die Konkurrenten bluten. Aber mit gesetzlichen Verboten läßt sich diese Entwicklung nicht aufhalten. Die Beseitigung der Massenmorde ist das, was zum Schutz der Konsumen getan werden kann und muß. Zugründen aber macht sich die Regelung der Produktion dringend notwendig, sobald die kapitalistische Entwicklung eine gewisse Höhe erreicht hat. Der kapitalistische Okkupant kann das Volk dann nur entgehen, wenn es die Regelung selbst vornimmt, indem es die kapitalistischen Monopole zu Monopolen des Gesellschafts macht. Alle vertrüsten, fortsetzen Betriebe sind reif zur Sozialisierung. Ihre Leitung in den Besitz der Gesellschaft wird auch zur dringenden Notwendigkeit, um das Volk vor Ausbeutung und Verflüssigung zu schützen. Keine Anti-Trust-Gesetze, sondern Sozialismus ist die Sicherung der Zeit gegen die kapitalistische Konzentration!

Zur Frage des Massenstreiks.

Der Parteivorstand legt dem Parteitag in Jena zur Frage des Massenstreiks folgende Resolution vor:

Nach dem vom Mannheimer Parteitag (1906) beschlossenen Beschlus des Jenaer Parteitages (1906) ist die umfassende Anwendung der Massen-Arbeitsentlastung gegebenfalls als eine der wirksamsten Mittel zu betrachten, nicht nur um Angreife auf bestehende Volksrechte abzuwenden, sondern um Volksrechte neu zu erobern.

Die Erörterung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu allen Vertretungskörpern ist eine der Voraussetzungen für den Erfolg des Kampfes des Proletariats. Das Dreiklassenwahlrecht entzieht die Besieglosen nicht nur, sondern hemmt sie in allen ihren Bemühungen am Befreiung ihrer Lebenshaltung, es macht die schwämmen Feinde gewissermaßen verantwortlich für die Folgen des religiösen Wahnsinns verantwortlich zu machen. Daraum fordert der Parteitag die entrichteten Massen auf, im Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht alle Kräfte anzuspannen, in dem Bewußtsein, daß dieser Kampf ohne große Opfer nicht fruchtbringend werden kann.

Indem der Parteitag den Massenstreik als unfehlbares und jederzeit anwendbares Mittel zur Befreiung sozialer Schäden im Sinne der anarchistischen Auffassung bewirkt, spricht er zugleich die Überzeugung aus, daß die Arbeiterschaft für die Erringung der politischen Gleichberechtigung ihre ganze Kraft einzusetzen muß. Der politische Massenstreik kann nur bei vollkommener Einigkeit aller Organe der Arbeiterbewegung von Massenbewegten, für die legitimen Ziele des Sozialismus begeisterten und zu jedem Opfer bereiten Massen geführt werden. Der Parteitag macht es deshalb den Parteigenossen zur Pflicht, unermüdlich für den Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisation zu wirken.

Wir haben unsere Auffassung über den preußischen Wahlrechtskampf und die Frage des politischen Massenstreiks bereits ausführlich dargelegt. Die Resolution, die jetzt der Parteivorstand vorlegt, entspricht vollauf unserer Ansicht. Mehr und besseres läßt sich in der gegenwärtigen Zeit zu dieser Angelegenheit nicht beschließen.

Der irrsinnige Mörder.

Allmählich läuftet sich der Schleier, der über Wagners Seele lebend und privaten Verhältnissen gebreitet lag. Man erfährt, daß er Alkoholiker war, daß er als Stammbaum in Stuttgart-Vorhellen verkehrte, daß er seine Frau zwingender Folgen wegen heiteten muhte, daß er mit ihr längst zerfallen war, und daß er das Schulehalten saß hatte. Das alles mag die Psychologie der Blutlust in manchen Punkten erklären, für die Tat selbst aber sind es so nötige Gründe, daß sie eher den Irren als die Unrechtsfähigkeit des Täters beweisen. Der Irre, der auch aus zwei jetzt veröffentlichten Confidens-Briefen spricht, die er an Sektor und Lehrerchaft geschrieben hat; der Irre, der sich auch in den Aussagen zeigt, der Wagner bei seiner Vernehmung am Sonnabend machte. Er gestand, daß er die Absicht gehabt habe, die Familie seines in einem Ort bei Ludwigstadt lebenden Bruders, eines angesehenen Mannes, ebenfalls zu ermorden, wenn es ihm gelungen wäre, unerkannt zu entkommen. Weiter gab er an, daß er den ganzen Ort vernichten wollte. Zu diesem Zweck habe er vor der Brandlegung die Telegraphenbrähte zerstören wollen, damit seine Meldung nach außen dringen

und Hilfe herbeigerufen werden könne. Es ist ermittelt, daß sich der Mörder tatsächlich mit Bohrern und starken Eisenstahlmämmen versehen hatte. Er wollte die Telegraphenleitung anbohren, die Eisenloben in die Löcher stießen und auf ihnen den Raft ersteigen, um die Telegraphenleitungen zu zerstören oder durch die Mämmen unbrauchbar zu machen. Er konnte diesen Plan aber nicht verwirklichen, weil die Masten zu schlüssig waren. Auf den Vorhalt, weshalb er an dem unschuldigen Ort habe Nachte nehmen wollen, die sich doch nie gegen einzelne Personen hätte wenden können, erklärte Wagner dem Richter: "Wenn Sie sich an einen Stein stoßen, dann ärgern Sie sich über den Stein und beleidigen ihn." Auf die Frage, ob er keine Reue verspüre, erklärte er, über den Begriff Reue könne man verschiedener Meinung sein. Er sagte noch, jetzt würde er die Tat wohl kaum noch einmal begehen, denn er habe ja doch keinen Wert. Wenn die Leute schon nicht sterben wollen, dann sollten sie eben in ihren ärmlichen Verhältnissen weiter leben...

Das alles mag der Täter mit noch soviel — wie die Berichte betonen — äußerlicher Ruhe und innerer Verfinsternis gehabt haben — für den Geistesgutstand Wagners beweisen Neuerlichkeiten nichts. Eine längere psychiatrische Untersuchung wird nötig sein, um die Geistesgeißelbarkeit, die aus den Briefen und Aussagen des Mannes spricht, festzustellen.

Doch die Frommen im Lande versuchen, Kapital aus den antisozialen Bedeutungen des Massenmörders zu schöpfen,

ist bei der geistigen Armeligkeit unserer Religionsmäder selbstverständlich. In einem der Wagnerischen Irrefindbriefe steht auch der Satz: "Ich glaube an keinen Gott". Das sucht die Deutsche Tageszeitung also auszuschlagen:

Dieser Satz, an dieser Stelle niedergeschrieben, angefügt eines geplanten fürchterlichen, häßlichen, untagbaren Verbrechens, redet eine mahnende, passende, tief in das Herz greifende Sprache. Er weist auf den leichten Grund auch dieser Unzufriedenheit hin. Er wirkt wie die Hammertreppen an der Wand des Brunnhauses unserer Kultur. Gewiß braucht die Gottlosigkeit nicht zu Verbrechen, besonders nicht zu Verbrechen solcher Art zu führen. Aber, daß der schamlose Verbrecher in den Mittelpunkt seines Bekennisses gerade diesen Satz stellte, sollte für das Geschlecht unserer Tage, das sich seiner Gottlosigkeit hin und da sogar zu rühmen pflegt, eine die Tiefe der Seele aufzuwühlende und die Herzen packende Mahnung sein.

Es dürfte der Deutschen Tageszeitung nicht ganz unbekannt sein, daß nicht nur viele der großen Massenmördere der Weltgeschichte geradezu im Dienste der christlichen Religion mordeten, sondern daß auch schon Schredensleute wie die des Degerlocher Lehrers von Menschen begangen wurden, die sich für sehr fromme Christen und in solche Blutaten geradezu pisch für den religiösen Wahnsinn sind. Es ist aber unjeres Bischofs noch kein Athiesten eingefallen, die Religion für die Folgen des religiösen Wahnsinns verantwortlich zu machen. Dertartige Verdrehungen bleiben den Frommen überlassen.

Reichsregierung gegen Arbeitslosenversicherung.

Die Vermutung, daß die Regierung trotz der vorhandenen und ständig steigenden Notlage eines großen Teils der Bevölkerung sich gegen die Einführung einer Reichsarbeitslosenversicherung auch jetzt noch sträubt, wird durch offizielle Aussagen der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung bestätigt.

Die Haltung der Regierung entspricht den Voraussetzungen der sozialdemokratischen Presse. Sie hat nicht den Mut, mit den Schriftmachern und Reaktionären zusammen die Arbeitslosenversicherung grundsätzlich abzulehnen, noch weniger aber hat sie den Mut, sich durch eine soziale Tat zu jener mächtigen Elitie in Gegenwart zu stellen. Sie versteckt sich also hinter die "Schwiegerleute" und macht den Rotheiden blauen Dünkt vor, indem sie sich auf erst recht "utopische" Vorschläge zurückzieht und den Arbeitslosen empfiehlt, jaunit und länders — Landarbeiter zu werden.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt:

Einen stets wiederkehrenden Wegenstand in den öffentlichen Erörterungen bildet Vorhabe für eine Arbeitslosen-Versicherung; vielfach glaubt man in diesem oder jenem System ein brauchbares Mittel gefunden zu haben, um Arbeitslose vor der äußersten Not zu schützen und so lange über Wasser zu halten, bis wieder Arbeit gefunden ist. Die Verträge, die bis jetzt gemacht worden sind, haben freilich mehr oder weniger versagt. Gemeinden und Verbände bemühen sich um die Lösung dieser Versicherungsfrage schon Jahrelang und haben ganz vorwiegend nur Misserfolge erzielt. Die dafür verausgabten hohen Beträgen wären aber vielleicht ausbringender angewendet worden, wenn man, namentlich seitens der Gemeinden, dafür gesorgt hätte, daß in den Jahreszeiten, in denen erneuerungsgezwungenen städtischen Wangelandbedarf gelegen ist, bemüht worden wäre, den Arbeitslosenarbeit geben werde. Eine solche stets bereite kommunale Hilfe würde ganz entschieden die beste Arbeitslosenversicherung sein und könnte dann nur zur Nachahmung empfohlen werden. Die Armenlauben seien in den städtischen und ländlichen Gemeinden Deutschlands von Jahr zu Jahr und haben besonders in vielen größeren Städten eine bedenkliche Höhe erreicht. Man will berechnet haben, daß in Deutschland alljährlich fast eine Milliarde Mark für Armenunterstützung ausgegeben werde. Wenn jedoch in Deutschland etwa 500 Quadratmeilen an Land, Moor und Heide brachliegen, die in Südländ umgewandelt wären, wobei einer Million Familien Brot geben könnten, so ist damit der Weg deutlich gewiesen, den man zu gehen hätte, um der Arbeitslosigkeit zu steuern, nämlich die Urbarmachung von Unland.

* Das Land der Monopole: Amerika oder Deutschland? Von J. Singer, Berlin 1913. Franz Gentzsch. Preis 8,50 M. gebunden 10 M.

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Aboonementoppreis mit der jähr. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Brauchtum und Jugend einschließlich Beirgericht monatlich 90 Pf. Durch die Post bezogen vierjährig. M. 2,75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wetttinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wetttinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die gesetzte Preise mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinbarungen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 208.

Dresden, Montag den 8. September 1913.

24. Jahrg.

Die Alldeutschen fordern auf ihrer Tagung in Dresden neuen Landeserwerb und weitere Militärrüstungen.

Ein drastischer Fall von Dienstherrnslaverei wird vom Vorwärts mitgeteilt.

Bei einer Offiziersrevolte in Adrianopel sollen Enver bei verwundet und vier Offiziere getötet worden sein.

Nach einem türkisch-russischen Zusammenstoß in Persien drückten türkische Offiziere der russischen Abteilung ihr Desaster aus.

In einem Kampfe vor Teheran hatten die Spanier 5 Tote und 15 Verwundete.

Bei Saima (Indien) sind 170 Personen, die von einem Plazieren überwacht wurden, ertrunken.

Ein Teil der Stadt Hot Springs (Arkansas) wurde durch eine gewaltige Feuerbrunst zerstört.

Die Regelung der Produktion.

In einem kürzlich erschienenen sehr umfangreichen Buch, das sich die Untersuchung der monopolistischen Tendenzen und ihrer Bedeutung innerhalb des Wirtschaftslebens in Deutschland und Amerika zur Aufgabe gemacht hat, schreibt der Verfasser, J. Singer, den Nachweis zu führen, daß Deutschland immer mehr auf dem Wege sei, das Land der kapitalistischen Monopole zu werden. In Deutschland vollzieht sich der Zusammenschluß der einzelnen Industriegüter in Monopolstellung einnehmende Verbände und Trusts ungehindert, unterstützt durch eine Hochzollpolitik, in ungemein rascher Weise. In Amerika dagegen werden die monopolistischen Tendenzen unerbittlich verfolgt. Kurz vor Ablauf der Amtszeit des gegenwärtigen Präsidenten der Vereinigten Staaten, Wilson, als Gouverneur von New-Jersey wurden in der Gesetzgebung dieses Staates sieben Antitrust-Vorlagen eingebrochen, die bereits am 10. Februar von ihm unterzeichnet werden konnten. In dem wichtigsten dieser Gesetze wird der Trust als eine Vereinigung oder Vereinbarung zwischen zwei oder mehreren Gesellschaften, Firmen oder Personen bezeichnet, u. a. zur Verringerung der Produktion oder zur Erhöhung der Preise. Und die Teilnahme an einer solchen Vereinbarung ist ein Vergehen, das mit Gefängnis bis zu 8 Jahren oder mit Geldstrafe bis 1000 Dollar oder mit beiden Strafen zugleich bestraft wird. Unter der Präsidentschaft Wilson dürfte dennoch das Sherman-Gesetz vom Jahre 1890, wonach jede Verbindung in Form eines Trusts mit einer Geldstrafe bis 5000 Dollar oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre in den Vereinigten Staaten geahndet werden sollte, eine Verkürzung im Sinne der Gesetzgebung von New-Jersey erfahren. Diese Anti-Trust-Bewegung wird auch sicher einen Widerhall in Europa finden. In dem Gang der Entwicklung wird damit aber absolut nichts geändert werden. Mit oder ohne Anti-Trust-Gesetze treibt die kapitalistische Entwicklung unerbittlich auf eine Regelung und Organisierung der Produktion hin. Und es bleibt schließlich nur die Wahl zwischen kapitalistischem Monopol und sozialistischer Produktion.

Singer gibt ein sehr interessantes Bild von den monopolistischen Tendenzen in Amerika und in Deutschland. Die Konzentration der Betriebe vollzieht sich jenseits und diesseits des Oceans ungleich rasch. In den Vereinigten Staaten entstanden bereits im Jahre 1908 auf bloß 11,5 Proz. der Produktionsmittel 82,2 Proz. des Wertes der gesamten Produktion. 43,8 Proz. der Gesamtproduktion, fast die Hälfte, wurden in nur 1,1 Proz. der Betriebe erzeugt! Die Produktion von Stahl, Eisen, Bleich, Petroleum, Zuckerrüben und Zigaretten und vielen Maschinen ist vertrustet. Es bestehen elektrotechnische Trusts, Schuhmaschinentrusts, Kautschuktrusts, ein Aluminiumtrust, ein Vulkanizust, Schiffahrertrusts, Barenhausrusts usw. In Deutschland sind die Unternehmer-Verbände und Kartelle mit monopolistischem Charakter nicht geringer. Und sie unterscheiden sich nicht wesentlich von den Trusts in Amerika, wo jeder Ring, jedes Kartell heute als Trust bezeichnet wird.

Wehr als die Hälfte der gesamten Steinkohlenproduktion in Deutschland, 86,9 Millionen Tonnen von insgesamt 160,7 Millionen Tonnen im Jahre 1911, entfällt auf das Rheinisch-Westfälische Kohlenmonopol. Der Stahlverbund produzierte im letzten Jahre ein Halbjahr: 80,81 Proz. des Inlandshafnes und 80,69 Proz. des Exportes; an Eisenbahnmateriale: 62,81 Proz. des Inlandshafnes und 87,19 Proz. des Exportes; an Holzmeisen: 74,89 Proz. des Inlandshafnes und 25,61 Proz. des Exportes. Eine Monopolberechtigung haben in Deutschland zweifellos die elektrotechnischen Trusts. Weder doch heute die gesamte Elektroindustrie Deutschlands beherrscht von zwei großen Trusts: der A. G. G. und dem Siemens-Schuckert-Konzern. Im Geschäftsjahrsbericht der A. G. G. für 1911/12 wurde die Zahl der Angestellten mit 70 102 angegeben; davon 6551 in Wien, Riga und Danzig. Nach dem Geschäftsjahrsbericht von Siemens u. Halske für 1911/12 betrug die Anzahl der Angestellten über 77 000. In der Generalversammlung vom 3. Dezember 1912 der A. G. G. wurde der Auftrag abgestellt per 31. Oktober 1913 der im neuen Geschäftsjahr bis dahin ausgeführten Aufträge auf 457 Millionen Mark angeben. Im Geschäftsjahre 1911/12 betrug der Auftragbedarf der A. G. G. 31 826 Tonnen. Das ist mehr als der achte Teil des gesamten Kupferverbrauchs Deutschlands. Ein vollkommenes Monopol besitzt in Deutschland der Spiritusdruck, der heute höchst geschlossen dasche. Vertrüsst ist in Deutschland die

Farbenindustrie, die ihren Aktiengewinne abweist. Die Aktien der Farbwerke stehen im Kurswerte zwischen 400 und 840.

Die Deutsche Gold- und Silberscheideanstalt in Frankfurt a. M. verfügt über ein Bezugsschrift von 402 Proz., die Continental Cauchose und Guittapercha-Compagnie über ein solches von 900 Proz.

Das Kali-Monopol ist durch das Reichs-Kaligesetz vom Mai 1910 geregelt. Es bestehen ferner in Deutschland ein Soda-Trust, ein Glühkörper-Trust, Monopolmaut deutlich: der Alkumusolentrust, das Aluminium-Syndikat, das Zinol-Syndikat, der Leimtrust, das Zule-Syndikat, das Vinolium-Syndikat, das Druckpapier-Syndikat, der Glas-Trust, der Spiegelglas-Syndikat, das Syndikat der Stein-pulpa-fabriken. Die Seiden-Kartelle, der Fleistrust, der Zucker-Trust und eine Reihe anderer Verbände beherrschen ebenfalls den ganzen Markt.

Neben diesen hier angeführten Trusts in Deutschland gibt es zahlreiche Ringe, die sich immer weiter schließen. Und im allgemeinen Zweigen der Industrie ist die Tendenz des Zusammenschlusses zu beobachten. Das allgemeine Ziel ist dabei, Überproduktion und Preisunterbietungen zu verhindern, die Produktion also zu regeln. Ist das kapitalistische Monopol geschlossen, dann müssen freilich die Konsumenten bluten. Aber mit gesetzlichen Verboten läßt sich diese Entwicklung nicht aufhalten. Die Beseitigung der Monopole ist das, was zum Schutz der Konsumenten getan werden kann und muß. Um übrigens aber macht sich die Regelung der Produktion dringend notwendig, sobald die kapitalistische Entwicklung eine gewisse Höhe erreicht hat. Der kapitalistische Thranne kann das Volk dann nur entgehen, wenn es die Regelung selbst vornimmt, indem es die kapitalistischen Monopole zu Monopolen des Gesellschaft macht. Alle vertrusteten, kartellisierten Betriebe sind reif zur Sozialisierung. Ihre Weiterführung in den Besitz der Gesellschaft wird auch zur dringenden Notwendigkeit, um das Volk vor Ausbeutung und Verflüssigung zu schützen. Keine Anti-Trust-Gesetze, sondern Sozialismus ist die Forderung der Zeit gegen die kapitalistische Konzentration!

Zur Frage des Massenstreiks.

Der Parteivorstand legt dem Parteitag in Jena zur Frage des Massenstreiks folgende Resolution vor:

Nach dem vom Mannheimer Parteitag (1906) beschlossenen Beschlusse des Jenaer Parteitages (1905) ist die umfassende Anwendung der Massen-Arbeitsmehrzeit gegebenfalls als eins der wirksamsten Mittel zu betrachten, nicht nur um Angriffe auf bestehende Vollstrekte abzuwehren, sondern um Vollstrekte neu zu erobern.

Die Eroberung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu allen Vertretungsräumen ist eine der Voraussetzungen für den Befreiungskampf des Proletariats. Das Dreiklassenwahlrecht entzieht die Bettellose nicht nur, sondern hemmt sie in allen ihren Bestrebungen auf Befreiung ihrer Leibhaftigkeit, es macht die schlimmsten Feinde gewerkschaftlicher Gestaltung und sozialen Fortschritts, die Unterklasse, zum Gehörer der Gelehrten!

Datum fordert der Parteitag die entrichteten Kräfte auf, in Kampf gegen das Dreiklassenrecht alle Kräfte anzuspannen, in dem Bewußtsein, daß dieser Kampf ohne große Opfer nicht stetig durchgeführt werden kann.

Indem der Parteitag den Massenstreik als unfehlbares und jederzeit anwendbares Mittel zur Beseitigung sozialer Schäden im Sinne der anarchistischen Auffassung verkündet, spricht er zugleich die Überzeugung aus, daß die Arbeiterschaft für die Errichtung der politischen Gleichberechtigung ihre ganze Kraft einzusetzen muß. Der politische Massenstreik kann nur bei vollkommenster Einigkeit aller Organe der Arbeiterbewegung von Erfolg bekräftigt werden, wie die legendäre Geschichte des Sozialismus bezeugt und zu jedem Opfer bereiten Rassen geführt werden. Der Parteitag macht es deshalb den Parteigenossen zur Pflicht unverzüglich für den Aufbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisation zu wirken."

Wir haben unsere Aussicht über den preußischen Wahlrechtskampf und die Frage des politischen Massenstreiks bereits ausführlich dargelegt. Die Resolution, die jetzt der Parteivorstand vorlegt, entspricht vollständig unserer Ansicht. Mehr und besseres läßt sich in der gegenwärtigen Zeit zu dieser Angelegenheit nicht beschreiben.

Der irrwitzige Mörder.

Allmählich läuftet sich der Schleier, der über Wagners Seelenleben und privaten Verhältnissen gehext lag. Man erfuhr, daß er Alkoholiker war, daß er als Stammpunkt in Stuttgart-Vorstadt verkehrte, daß er seine Frau zwangsläufig holten wegen derartigen Mühsels, daß er mit ihr längst zerfallen war, und daß er das Schicksal hatte. Das alles mag die Biographie der Blutlust in manchen Punkten erklären, für die Tat selbst aber sind es so wichtige Gründe, daß sie eher den Irrtum als die Berechnungsfähigkeit des Täters beweisen.

Der Irrtum, der auch aus zwei jetzt veröffentlichten Briefen spricht, die er an Aelert und Lehrer schrieb hat; der Irrtum, der sich auch in den Aussagen zeigt, die Wagner bei seiner Vernehmung am Sonnabend machte.

Er gestand, daß er die Absicht gehabt habe, die Familie seines in einem Orte bei Ludwigstadt lebenden Bruders,

eines angesehenen Mannes, ebenfalls zu ermorden, wenn es ihm gelungen wäre, unerkannt zu entkommen. Weiter gab er an, daß er den ganzen Ort vernichten wollte. Ja diesem Zweck habe er vor der Brandlegung die Telegraphendrähte zerstören wollen, damit seine Meldung nach außen dringen und Hilfe herbeigerufen werden könne. Es ist ermittelt, daß sich der Mörder tatsächlich mit Bohrern und starken Eisenstangen versehen hatte. Er wollte die Telegraphendrähte anbohren, die Eisenstangen in die Löcher stecken und auf ihnen den Mast ersteigen, um die Telegraphenleitungen zu zerstören oder durch die Stangen unbrauchbar zu machen. Er konnte diesen Plan aber nicht verwirklichen, weil die Masten zu schlappig waren. Auf den Vorhalt, weshalb er an dem unschuldigen Ort habe Rache nehmen wollen, die sich doch nur gegen einzelne Personen hätte wenden können, erklärte Wagner dem Richter: "Wenn Sie sich an einen Stein stoßen, dann ärgern Sie sich über den Stein und beleidigen ihn." Auf die Frage, ob er keine Neue verübt, erklärte er, über den Begriff Neues könne man verschiedenste Meinung sein. Er sagte noch, jetzt würde er die Tat wohl kaum noch einmal begehen, denn sie habe ja doch keinen Wert. Wenn die Leute schon nicht sterben wollten, dann sollten sie eben in ihren normalen Verhältnissen weiter leben...

Das alles mag der Täter mit noch soviel — wie die Berichte betonen — äußerlicher Ruhe und innerer Bestimmtheit gefaßt haben — für den Geistesgutstand Wagners beweisen keinerlei Schwierigkeiten nichts. Eine längere psychiatrische Untersuchung wird nötig sein, um die Geistesgesundheit, die aus den Briefen und Auslagen des Mannes spricht, festzustellen. Daß die Trommen im Lande verloren, Kapitol aus den antisemitischen Bekämpfungen des Waffenmörders zu schlagen, ist bei der geistigen Armutigkeit unserer Religionswidder selbstverständlich. Einem der Wagnerischen Irrsinnsbriefe steht auch der Satz: "Ich glaube an keinen Gott". Das sucht die Deutsche Tageszeitung also auszuschlagen:

Dieser Satz, an dieser Stelle wiederholt, angeführt eines geplanten furchtbaren, schändlichen, unsagbaren Verbrechens, redet eine mahnende, padende, tiefe in das Herz greifende Sprache. Er weist auf den legitimen Grund auch dieser Bluttat hin. Er wirkt wie die Blammbandurist an der Wand des Prunksaales unserer Kultur. Gemäß braucht die Gottlosigkeit nicht zu Verbrechen, besonders nicht zu Verbrechen, solcher Art zu führen. Aber, daß der schmächtige Verbrecher in den Mittelpunkt seines Bestimmtheits gerade diesen Satz stelle, sollte für das Geschlecht unserer Tage, das sich seiner Gottlosigkeit nie und da logar zu rühmen pflegt, eine die Tiefe der Seele aufwühlende und die Herzen padende Mahnung sein.

Es dürfte der Deutschen Tageszeitung nicht ganz unbekannt sein, daß nicht nur viele der großen Klassenmöder der Weltgeschichte geradezu im Dienste der christlichen Religion morbieren, sondern daß auch schon Schreckensstatuen wie die des Degerlocher Lehrers von Menschen begangen wurden, die sich für sehr fromm hielten und in solche Blutattaten geradezu pisch für den religiösen Wahnsinn sind. Es ist aber unterdessen noch seinem Arbeitsfeld eingefallen, die Religion für die Folgen des religiösen Wahnsinns verantwortlich zu machen. Derartige Verdrehungen bleiben den Trommen überlassen.

Reichsregierung gegen Arbeitslosenversicherung.

Die Vermutung, daß die Regierung trotz der vorhandenen und ständig steigenden Lage eines großen Teils der Bevölkerung sich gegen die Einführung einer Reichsarbeitslosenversicherung auch jetzt noch sträubt, wird durch offizielle Auskünfte der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung bestätigt.

Die Haltung der Regierung entspricht dem Voraussehen der sozialdemokratischen Presse. Sie hat nicht den Mut, mit den Scharfmachern und Reaktionären zusammen die Arbeitslosenversicherung gründlich abzulehnen, noch weniger aber hat sie den Mut, sich durch eine soziale Tat zu jener mächtigen Elitie in Gegenseit zu stellen. Sie verbreitert sich also hinter die "Schwarzerleben" und macht den Notleidenden blauen Dunst vor, indem sie sich auf erst recht "europäische" Vorschläge zurückzieht und den Arbeitslosen empfiehlt, jazu und jonders — Landarbeiter zu werden.

Einen seit wiederhenden Gegenstand in den öffentlichen Erörterungen bilden Vorschläge für eine Arbeitslosen-Versicherung; vielfach glaubt man in diesem oder jenem System ein brauchbares Mittel gefunden zu haben, um Arbeitslose vor der äußersten Not zu schützen und so lange über Wasser zu halten, bis wieder Arbeit gefunden ist. Die Verträge, die bis jetzt gemacht worden sind, haben freilich mehr oder weniger verlaufen. Gemeinden und Verbände bemühen sich um die Lösung dieser Versicherungsfrage schon jahrelang und haben ganz vorwiegend nur Misserfolge erzielt. Die dafür verantwortlichen haben Verträge waren aber vielleicht ausführlicher angeordnet worden, wenn man, namentlich seitens der Gemeinden, dafür geforcht hätte, daß in den Jahresreihen, in denen Verhältnisse genügend für ein funktionierendes Arbeitslosenversicherungsmittel demerkbar macht, den Verpflichtungspflichten Arbeit geboten werde. Eine solche Art bereits kommunale Löste würde ganz entwischen die letzte Arbeitslosenversicherung sein und könnte dann nur zur Radikalisierung empfohlen werden. Die Arbeiterklassen stehen in den städtischen und ländlichen Gemeinden Deutschlands von Jahr zu Jahr und haben besonders in vielen größeren Städten eine bedeutende Höhe erreicht. Man will berechnet haben, daß in Deutschland alljährlich fast eine Milliarde Mark für Armenunterstützung ausgegeben werde. Wenn jedoch in Deutschland etwa 500 Quadratmeilen an Landfläche, Wodt und Heide braudigen, die in Wüste umgewandelt, wod einer Million Familien Platz geben könnten, so ist damit der Weg deutlich gewiesen, den man zu gehen hätte, um der Arbeitslosigkeit zu steuern, nämlich die Umsiedlung von Unland.

* Das Land hat Monopole: Amerika oder Deutschland? Von J. Singer. Berlin 1913. Franz Siemensoth. Preis 8,50 M., gebunden 10 M.

Die liberalen Abgeordneten eines neuen Reichsverein gegründet haben, freuten sich auf ihrer Delegiertenversammlung in Dölitz am Sonnabend sehr, daß sie es schon auf fast 3500 Mitglieder gebracht haben. Der Jahresbeitrag beträgt 3,00 M., welche Leistung von Dr. Wiemer als berühmtes Beispiel für die nachdringend wünschenswerte Fortschrittsförderung gehandelt wurde. Sehr bitter wurde darüber geklagt, daß die Fortschrittsfreie Partei Arbeit gar nicht oder höchstens in aussichtslosen Wahlkreisen als Kandidaten ausspielle, obgleich ein Abgeordneter an Dr. Augusts Stelle Görlitz-Lauda angeblich nicht an die Sozialdemokraten verloren haben würde. Dr. Wiemer versicherte, man werde alles mögliche tun, aber vorerst müßte untersucht werden, ob die Vorlesungen geändert werden könnten. Im übrigen sprach man sich für freie Wahl, Schutz des Koalitions-

Rusland.

Balkan.

Die neuzeitliche Offizierskavallerie.

Adrianopel, 7. September. Nach aus Adrianopel hier eingetroffenen Meldungen wurde Enver Pehl am Dienstag im Ministerium noch heftigsten Vorwurfen vom General-Tschef Adul Pach durch einen Revolverschuß am Arm verwundet. Offiziere der Militärliga wollten die Verhaftung Anwalt verhindern. Bei dem nun folgenden Revolverkampf wurden vier höhere Offiziere getötet und gegen 15 verwundet.

Sofia, 7. September. Hierher sind aus zweifälliger Quelle Nachrichten eingetroffen, wonach es in Adrianopel zwischen Jungtürken und Alttürken zu großen Ausschreitungen gekommen sein soll. Mehrere Offiziere sollen getötet und Enver Pehl an der Hand verwundet sein.

Portugal.

Was geht vor?

Madrid, 7. September. Die gut unterrichtete Correspondencia Espana meldet, daß große Ereignisse in Portugal bestehen. Das Blatt gibt allerdings keine näheren Einzelheiten. Der Minister des Innern erläutert, seine Nachrichten aus Portugal zu haben.

Tun (Alus), 7. September. Die Garnison von Valencia ist durch Artillerie und Kabelliefe verdeckt worden; die Stadtmauer werden bei Einbruch der Dunkelheit geschlossen, Patrouillen durchziehen die Straßen.

Spanien.

Ein russisch-spanischer Zusammenstoß.

London, 7. September. Aus Choi in Spanien wird gemeldet, daß infolge eines Zusammenschlusses zwischen armenischen Clans und Spanien eine russische Militäraufstellung unter dem Obersten Ondro mit russischen regulären Truppen in ein Feuergefecht geriet. Nach einem Kampf zogen sich die Russen zurück. Man behauptet, daß sie schwere Verluste hatten. Die Russen verloren vier Tote und hatten eine Reihe Verwundete.

Ost-Afrika.

Die chinesisch-japanische Spannung.

Tokio, 7. September. Zug polizeilichen Verdotes fand im Chitose Park eine große Versammlung statt, in der Reden, die sich mit dem Zwischenfall von Nanking beschäftigten, gehalten wurden. Es wurde eine Tagessordnung angenommen, die die Regierung auffordert, zu mobilisieren.

Der Verband zum Studium Chinas sah eine Resolution, in der gefordert wird, daß Japan Nanking sowie strategische Punkte der Ostmongolei und der Südmandschurei befreie.

Afrika.

Der Aufstand in Spanisch-Marokko.

Madrid, 7. September. Die heftigen Kämpfe um Tetuan dauern an. Ein offizielles Telegramm des Kriegsministeriums, das von den spanischen Blättern mitgeteilt wird, sagt, daß eine Kolonne von zwei Bataillonen Infanterie, einer Schwadron Kavallerie und einer Gebirgsjägerabteilung unter dem General Aetaiz vor Tetuan von 4000 Männern während angegriffen wurde. Nach langem Kampf mußten die Angreifer mit blutigen Rücksichten abziehen. Die Spanier haben 5 Tote und 15 Verwundete. — Man erwartet hier, daß die Spanier weitere Maßregeln in dem aufständisch gewordenen Marokko zur Anwendung bringen, wenn die nach Tetuan unterwegs befindlichen 10 000 Mann Verbündeten erst angelangt sind.

Amerika.

Die Lage in Mexiko.

Mexico, 7. September. Aus Mexiko wird gemeldet: Die konstitutionelle Partei in Mexiko teilt mit, daß Guerra am 15. September nach Einziehung einer Kommission abdanken wird. Die Resolution in den Süden und die Ureinen im ganzen Land breiten sich immer mehr aus. Das amerikanische Staatsdepartement teilt mit, nach Deutschen und Mexiko City sei in ganz Mexiko die Lage vorwohner als jemals.

Internationale Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

ab. Sess. 5. September.

Es ist noch zu prüfen, daß 23 Staaten vertreten sind — sogenannte russische Regierung ist vertreten — die deutsche Regierung fehlt durch Abwesenheit.

Der erste Verhandlungsgegenstand ist die Frage des Arbeitsnachweises.

Dr. Freund - Deutschland, als Generalberichterstatter, führt aus: Aus den Berichten aller Landesstellen ergibt sich eine Vielfältigkeit, Zersplitterung und Ländereigentümlichkeit obengleiches, besseren genaugenommen anarchistische Zustände. Eine besondere Ausnahme macht England, da es das einzige Land ist, welches ein nach Größe einheitlich geordnetes, über das ganze Wirtschaftsgebiet verbreitetes Arbeitsnachweisystem aufzuweisen hat. Trotzdem ist bei einer Arbeiterzahl von 14 Millionen nur eine Vermittlungssäule von einer halben Million zu finden. Das läßt darauf schließen, daß die Entwicklung der Arbeitsnachweise in den einzelnen Ländern längst ihrer Vollständigkeit gleichwohl zwei Hauptrichtungen erkennen. Diese bestehen in einerseits in den privaten, andererseits in den öffentlichen Arbeitsnachweisen. Während die ersten in der Haupstadt einen eigenen beruflichen Kreis dienten und vorwiegend Berufsschüler vermittelten, stehen die anderen meist allen Berufen offen und haben ihren Schwerpunkt in der Vermittlung ungelernter Arbeitskräfte. Eine weitreichende Regelung des Arbeitsmarktes liegt aber vorne, ob allgemeine und berufliche (Haushalt) Arbeitsnachweise weder gegen noch neben — sondern miteinander arbeiten. Man merkt ja bereits Anfänge dazu, dabei zeigen sich drei verschiedene Formen. Entweder wirken beide Arbeitsnachweise, unter Aufrechterhaltung der Autonomie nebeneinander und befinden sich in einem Kastellverhältnis zueinander oder sie bewegen sich in räumlicher Verbindung, aber zusammenhängende Einrichtungen (insbesondere Ansiedelung von Facharbeitsnachweisen an die gemeindlichen Arbeitsnachweise als besondere Fachabteilungen) oder es kommt zur völligen Vereinigung, so daß nur ein (örtlich oder bezirklich) zentralisierter Arbeitsmarkt das gesamte Vermittlungsgeschehen zu

sorgen und lediglich durch die Art der inneren Organisation sowohl dem allgemeinen wie dem beruflichen Bedürfnisse Rechnung zu tragen sucht. Eine befriedigende Regelung des Arbeitsnachweises sieht ferner eine Ausgleichung ähnlichen Angebots und Nachfrage nicht nur innerhalb einzelner Ortschaften, sondern eine solche über das ganze Wirtschaftsgebiet hinweg voraus. Das gesamte nationale Wirtschaftsgebiet muß mit einem ländlichen Netz von Arbeitsnachweisen überzeugen werden, die nach einheitlichen Grundsätzen arbeiten. Die einseitige Beherrschung des Arbeitsnachweises durch Unternehmer oder Arbeiter und seine Gestaltung als ein Waffenspiel muß befehligt werden. Der Arbeitsnachweis ist eine öffentliche notwendige Einrichtung, in der absolute Unparteilichkeit gewahrt werden muß. Die Geschäftsführung, die ebenfalls an Unparteilichkeit nichts zu wünschen übrig läßt, muß den öffentlichen Interessen angepaßt sein und muß nach einheitlichen Grundsätzen statistische Auskunftsangaben pflegen. Das ist jetzt noch nicht der Fall. Will man eine einwandfreie praktisch verwirkbare Arbeitsmarktfeststellung erzielen, so müssen Vorleistungen getroffen werden, um verbleibende Balancen möglichst schnell bekannt zu machen, um Angebot und Nachfrage — besonders zwischen Stadt und Land — rasch zum Ausgleich zu bringen und die Arbeitsvermittlung für die Stellenzugehörigen möglichst gebührend zu machen. Soweit sich die öffentlichen Gewalten bereit mit der Förderung der Arbeitsnachweise befassen haben, läßt sich in den einzelnen Ländern eine gewisse Selbstverständigung dahin erkennen, nur sollte Arbeitsnachweise staatlich zu fördern, welche den Grundzügen der Unparteilichkeit in der Stellenvermittlung, der Parität in der Verwaltung, der Gebührenfreiheit für die Arbeitssuchenden, der Zugänglichkeit für alle Personen, des interlokalen Austausches (zwischen Angebot und Nachfrage) und der Zentralisation in der Verwaltungstechnik und Statistik Rechnung tragen. Schließlich ist noch zu bemerken, daß die planmäßige Regulierung des Arbeitsmarktes auch eine Voraussetzung für die Verkürzung der Arbeitslosigkeit und für die Arbeitslosigkeitsversicherung bildet. Das sind die allgemeinen Tendenzen, die zu folgendem Abschluß berechtigen, daß die beiden Generalberichterstatter zur Annahme vorschlagen:

I. Der gegenwärtige Stand des Arbeitsnachweiswesens zeigt fast überall eine unbedeutende Situation: Die Zersplitterung in der Organisation und die Unmöglichkeit in der Geschäftsführung verhindern einen flotten Lieberhalt über die jeweilige Lage des Arbeitsmarktes, eine zuverlässige Feststellung der vorhandenen Arbeitskräfte und Arbeitsmöglichkeiten, einen zweckmäßigen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage, eine brauchbare Arbeitsmarktfeststellung.

II. Soll der Arbeitsnachweis seine Hauptaufgabe, durch fortlaufende Beobachtung und planmäßige Regelung des Arbeitsmarktes vermeidbarer Arbeitslosigkeit vorgebauen, erfüllen, so wird folgendes Grundprinzip zu tragen sein.

1. Systematische Organisierung der öffentlichen Arbeitsnachweise mit territorieller Gliederung (Ort, Bezirk, Landesarbeitsnachweise) unter Berücksichtigung der beruflichen Interessen (Berufslisten, Fachabteilungen).

2. Einheitliche Technik in der Geschäftsführung bei Bewertung aller modernen Verkehrsmittel (Telegraph, Telefon, Post, Eisenbahn).

3. Vollige Unparteilichkeit bei der Stellenvermittlung und der Verwaltung.

4. Grundlegende Gebührenfreiheit mindestens für Arbeiter.

5. Planmäßige Regelung des Arbeitsmarktes einschließlich der Arbeitserwerbungen nach einheitlichen Grundlagen unter Leitung der Zentrale: fortlaufende Arbeitsmarktfeststellung.

6. Kosten zu Lasten der Gemeinden (für Arbeitsnachweise), der Bezirke (für Bezirksnachweise) und des Staates (für die Zentrale und für etwaige Subventionen).

III. Zur Durchführung der Reformen zu II. erscheint die Mitwirkung der staatlichen Verwaltung bzw. Gouvernement erwünscht, um solchen Arbeitsnachweisen (z.B. Arbeitsnachweisverbänden), welche den vorliegenden Grundlagen entwischen, als staatlich „anerkannt“ Arbeitsnachweise (z.B. öffentlich-rechtlichen Organen) gewisse Vergünstigungen zu gewähren (bei Benutzung von Telefon, Telegraph, Post, Eisenbahnen und durch Aufschüsse aus öffentlichem Mitteln), auf einen ländlichen Ausbau des Arbeitsnachweiswesens hinzuweisen, einheitliche Grundzüge und Statistik einzuführen und das gesamte Arbeitsnachweiswesen der staatlichen Aufsicht zu unterstellen.

Dr. Frey und - Deutschland gibt dazu noch einige Erklärungen, die dazu dienen sollen, die sprachlichen Unterschiede im Text der verschiedenen Landessprachen zu klären. Wir in Deutschland legen den Hauptpunkt auf die unbedingte Neutralität des Arbeitsnachweises. Die Sonderinteressen der Unternehmer wie der Arbeitsorganisation dürfen darin nicht zur Geltung kommen. Darauf Standpunkte haben sich bei uns bereits die Arbeiter genommen, die haben die Forderung fallen gelassen, daß der Arbeitsnachweis während des Streiks keine Vermittlungsfähigkeit einnehmen soll.

Zurück - Paris (Syndikat) fordert im Namen der französischen Arbeiter einen öffentlichen, auf Kosten der Gewerbe, Landesarbeitsnachweise zu errichtenden Arbeitsnachweise, ähnlich wie er in England besteht. Die Verwaltung dieses Nachwesens müßte durch allgemeine Wahlen durch die Arbeiter und Unternehmen berufen werden, damit der Arbeitsnachweis vollkommen in die Hände der Interessen gelangt.

Um breit - Berlin wendet sich gegen die Auffassung des Dr. Frey und - Deutschland, daß die deutschen Arbeiter sich damit einverstanden erklären, daß der Arbeitsnachweis unbekümmert um Streiks oder Aussperrungen weiter funktioniere. In Deutschland ist bereits mehrfach auf sozialistischem Wege — so in der Holzindustrie und im Buchdruckergewerbe — großes Unverständnis und Arbeitsnachweise die Arbeitsnachweise in dem Sinne geregelt, daß der gemeinsame Arbeitsnachweis in den Händen von Streiks und Aussperrungen keine Täglichkeit einstellt. Wenn man will, daß diese Arbeitsnachweise mit in das ganze Reg. der öffentlichen Arbeitsnachweise einbezogen werden und daß sich nicht außerhalb entwickeln, dann muß auf dieses Resultat der Entwicklung weiter funktionieren. In Deutschland ist bereits mehrfach auf sozialistischem Wege — so in der Holzindustrie und im Buchdruckergewerbe — großes Unverständnis und Arbeitsnachweise die Arbeitsnachweise in dem Sinne geregelt, daß der gemeinsame Arbeitsnachweis in den Händen von Streiks und Aussperrungen keine Täglichkeit einstellt.

Professor Brant - Löwen antwortet darauf, daß das fehlt, was gemeint sein dürfe. Es darf nicht eine subjetive Neutralität fordern werden, sondern nur eine objektive. Denn eine subjetive Neutralität gäbe es ja in Wirklichkeit gar nicht; wenigstens sei es wünschenswert, daß jeder Mensch eine Meinung habe.

Dr. Fischer - Berlin: Von den französischen Delegierten ist eine Erklärung zu dem Begriff der Neutralität gewünscht worden. Neutralität soll heißen, daß weder in der Verwaltung noch bei der Vermittlung irgend eine Person benachteiligt oder bevorzugt werde. Unter der Neutralität des Arbeitsnachwesens ist lediglich die allgemeine, unbeschämte Zugänglichkeit zu verstehen, nicht aber, daß er ein Teil der öffentlichen bedeckenden Institutionen werde.

Der Referent des zweiten Punktes der Tagesordnung: Die Arbeitsnachweise und die Vergabe der öffentlichen Arbeiten, Dr. Treu - Holland, ist zum Minister ernannt worden und kann aus diesem Grunde nicht anwesend sein. Er hat lediglich einen kurzen Bericht über diese Frage vorbereitet, in dem hervorgeht ist, daß durch systematische Verbesserung eines Teiles der öffentlichen Arbeiten auf die Verhinderung wirtschaftlichen Niederganges eine recht nützliche Arbeitsmarktpolitik und ein Stütz der Belastigung der Arbeitsnachweise gezeigt werden können. Man würde damit das Ergebnis in der Zeit guter Konjunktur, das Überstandungs- und Nachschlagswesen zu

milben und die Konjunktur zu beruhigen vermögen. Er führt seinen Bericht in folgende Anträge zusammen:

A. Verteilung der öffentlichen Arbeiten in der Zeit

1. Die Verwaltungsbürokratie möge bei der Vorbereitung des zu vergebenden öffentlichen Arbeiten oder Lieferungen: a) die Frage erörtern, ob nicht die Arbeiten oder Lieferungen auf die late Salson des betreffenden Jahres oder auf eine mehr oder minder entfernte wirtschaftliche Krisenperiode verteilt werden könnten; b) soweit als möglich, namentlich aber sowohl die technischen Gründe nicht entgegenstehen, die nicht dringlichen Arbeiten und Lieferungen für die nächsten Jahre des betreffenden Jahres oder für Krisen bzw. Depressionssperioden vorbehalten; c) im voraus Projekte nicht dringlicher Arbeiten und Lieferungen für eine nicht zu sehr beschrankte Anzahl von Jahren ausarbeiten und den kompetenten Verwaltungsbürokraten unterbreiten, damit diese Lieferungen für die Jahre, in denen eine wirtschaftliche Krise im Anzuge ist, vorbehalten bleiben.

2. Die Finanzbehörde mögen hinreichend weitreichig gehalten sein, um den Verwaltungsbürokraten zu gestatten, Ressourcen für die Ausführung von nicht dringlichen Arbeiten und Lieferungen in Krisen- oder Depressionsjahren anzulegen.

3. In jedem Lande möge ein häufiges Amt geschaffen werden mit dem Auftrag, die ungeheuren kommenden wirtschaftlichen Depressionen oder Krisen zu beobachten, die Ergebnisse seiner Beobachtungen periodisch zu veröffentlichen und den Verwaltungsbürokraten zu erläutern über den gelegenen Zeitpunkt der Wirtschaftskrise der für die Krisen- oder Depressionsjahre im Vereinigt gehaltenen Arbeiten oder Lieferungen.

4. Die Verwaltungsbürokratie möge insbesondere folgende öffentliche Arbeiten ins Auge fassen: Trockenlegung von Mooren, Urbarmachung von Heiden, Forstarbeiten, Verdeckerung der Verkehrswege in mehr oder minder günstigem Gelände sowie überhaupt Arbeiten, die geeignet sind, die Produktivität und die ständige Nachfrage nach Arbeit zu vermehren, wobei diese Arbeiten für Zeiten aufzubereiten wären, wo es sonst an Arbeitskräften mangelt.

B. Verteilung der zu vergebenden Arbeiten unter die einzelnen Gewerbe.

Die Verwaltungsbürokratie mögen die zu vergebenden Arbeiten, soweit dies technisch zulässig ist, verschwistere unter die entsprechenden einzelnen Gewerbe verteilen, und zwar unter Anwendung dieses Systems nicht nur auf die laufenden Instandhaltungs-, sondern auch auf die neu vorgesehenen Arbeiten.

Die kurze Diskussion hierüber bewegt sich in allgemein günstigem Sinne. Nur die Engländer wollen nicht recht davon glauben, daß der Staat hier etwas tun kann; auch scheint sie darin einen Einspruch in die staatlichen Budgets.

Professor v. Matz - München sagt dazu, daß die Engländer in einem Jettum besogen sind. Wir wollen gar nicht in die Budgets der Staaten eingreifen, wir sprechen nur den Raum aus, die notwendigen und unerkannten öffentlichen Arbeiten zweckmäßig zu verteilen und die gar nicht so geringe Summe von Arbeiten, die die nötige Qualität haben, zur Sicherung des Arbeitsmarktes zu verwenden. Wir sind verpflichtet, diesen Wunsch auszusprechen.

Daraus werden die Leute freudig einstimig angenommen.

Prognose der östlichen Landeskrisenwarte

für den 8. September.

Keine Witterungsänderung; im Gebirge Nachwurf.

Wetterlage: Ein kräftiges Zentralhoch bedingt allgemein heiteres, trockenes Wetter. Dieser Druck ist weit entfernt und ein Einfluß desselben ist parekt nicht mehr wahrscheinlich. Eine Tendenz der Westwind ist daher nicht zu erwarten. Mit dem Eintritt von Nachwürfen im Gebirge ist zu rechnen.

Letzte Telegramme.

Statuten bulgarischer Banden.

Roustantop, 8. September. In Roustantop stehen dort konzentrierte bulgarische Banden einen Obersten, zwei Hauptleute, einen Leutnant und 200 Mann. Sie erbeuteten 84 Ritter mit Artillerie und 70 Ritter mit Infanteriemunition. Rancho ist von den Banden ebenfalls besetzt und in Verteidigungsstatus versetzt worden. Mehrere Vorschriften lenken die Aufmerksamkeit der Polizei auf diesen Zustand. Diese wies jedoch jede Verantwortung zurück. Reguläre türkische Truppen scheinen sich hierbei nicht beteiligt zu haben.

China und Japan.

Tokio, 8. September. Sehr eben begab sich eine große Menschenmenge vor das Haus des Ministers des Außenwesens, um wegen der Vorfälle in Nanking Kundgebungen zu veranstalten. Der Minister war nicht zu Hause und die Behörden ließen die Manifestanten gewähren. Die Kundgebungen dauerten die ganze Nacht hindurch an.

London, 8. September. Dally Mass meldet aus Tokio: Die Regierung will mit, daß sie gegenwärtig die Bedingungen festlegt, die China wegen der Tötung von Japanern in Nanking auferlegt werden sollen.

The Times meldet aus Peking: Die japanische Aktion wegen der Nanking-Vorfälle hat sich bisher darauf bezeichnet, der chinesischen Regierung die Tatsachen zur Kenntnis zu bringen und ihre Aufmerksamkeit auf den ernsthaften Charakter der Vorfälle zu lenken. Die japanische Gesandtschaft wacht gegenwärtig Industriestandorte ab, um dann Vorfälle zu machen, die, wie man annimmt, darauf hindeuten, daß sie die öffentliche Meinung in Japan befriedigen.

Opfer des Rennwahns.

Köln, 8. September. Von den bei dem gestrigen Rennen beteiligten sind der Schriftsteller Guignard, Latour, und der Rennfahrer Scheuerlein gefallen. Auch das Befinden des Schriftstellers Meinholt ist ernst.

Gesamtbahnglücksfälle.

<p

Sächsische Angelegenheiten.

Die Arzthonorare in Sachsen.

6. Unter dieser Überschrift brachten wir in der Nummer vom 4. August 1913 der Dresdner Volkszeitung einen Artikel, der natürlich das Missfallen der Ärzte Leipziger Richtung erregt hat. Das Korrespondenzblatt der ärztlichen Kreis- und Bezirksvereinigung im Königreich Sachsen vom 1. September 1913 berichtet es, wieviele Ausführungen zu „widerrufen“. Es akzeptiert noch die Angaben, soweit es ihm in den Arzten steht, nämlich nur den noch abseits stehenden Ärzten zu zeigen, welche „glänzenden“ Erfolge sich die Ärzte „erklärt“ haben, redet aber gleichzeitig auch davon, daß wir „Unwahrheiten“ vorgetragen hätten und daß bei den Ärzten in wirtschaftlicher Hinsicht noch „bedauerliche Verhältnisse“ herrschen. Daß das Widerprüche sind, scheint das Blatt nicht einzusehen. Wenn das Blatt anzweifelt, daß im Königreich Sachsen im Jahre 1911 wirklich 10 390 173 M. von den Krankenkassen an Arzthonorar bezahlt werden sind, so bitten wir, den Band 258 der Statistik des Deutschen Reiches, Seite 55, nachzusehen, dort steht's geschrieben. Nun behauptet das Blatt, daß im Posten „Arzthonorar“ eine ganze Anzahl nicht dahin gehörender Ausgaben verbucht werden, und es steht als solche u. a. auf „Auslagen für Verbandsmaterial, Kranken- baus Kosten u. dergl.“ Was die Auslagen für Verbandsmaterialien der Ärzte anstreift, so werden diese in der Regel von den Ärzten gefordert berechnet und von den Kassen unter der Rubrik „Arznei und Heilmittel“ verbucht. Die Behauptung des Blattes ist also insfern unwahr. Geradezu eine Freiheit — um die eigenen Worte des Blattes zu gebrauchen — ist es aber, wenn es behauptet, daß in den rund 19 Millionen auch die Krankenhausosten mit enthalten sind. Das zeigt die totale Unkenntnis der Leute in den einleitigen Fragen. Weiß das Blatt wirklich nicht, daß die Statistik der Krankenversicherung eine Position „Art- und Verpflichtungen an Krankenanstalten“ kennt, und daß (vergl. die oben angeführte Statistik) die ländlichen Krankenanstalten im Jahre 1911 insgesamt 3 735 650 M. dafür aufwendeten? Die „offischen Angaben“ der Ärzte werden ungefehrt richtig: in diesem Posten für die Krankenhauspflege steht ein großer Anteil für ärztliche Behandlung (in den Anfällen) mit darin, der, weil er nicht getrennt werden kann, hier und nicht, wie es eigentlich wohl richtiger wäre, unter der ärztlichen Behandlung geführt wird. Er steht auch vielen Privatärzten zu. Nichtig ist, daß die Räsoniergebühren mit unter die ärztliche Behandlung verbucht werden. Aber das ist doch auch Einfluss der Ärzte, denen nicht immer entsprechende Auslagen gegenüberstehen.

Unter Darlegung, jeder der rund 2000 sächsischen Ärzte, die die Privatpraxis ausüben, hat im Durchschnitt 3200 M. von den Kassen erhalten, sieht das Blatt die Behauptung gegenüber, infolge des Systems der festangestellten Rassenärzte hätten manche Ärzte überhaupt kein Einkommen aus der Privatpraxis, manche nicht viel. Das ist selbstverständlich und naiv, es hervorzuheben. Unsere Berechnungen sind eben Durchschnittsberechnungen und wenn ein Arzt wirklich nichts bekommen hat, dann hat es eben der andere doppelt erhalten. Unter dem System der freien Arzthand sind die Differenzierungen ebenso groß, die „Kassenlöwen“ haben alles, die anderen das Nachsehen. Das könnte mit vielen Zahlen belegt werden.

Das Blatt bemängelt weiter unsere Angabe, daß etwa ein Drittel der sächsischen Bevölkerung von der Krankenversicherung erfaßt werde und desshalb im Durchschnitt jeder Arzt dreimal soviel als er von der Krankenkasse erhalten hat, also rund 15 000 M. an Einkommen hat. Tatsächlich steht in der Statistik (Band 248, S. 17), daß von 1000 Einwohnern im Königreich Sachsen 327 gegen Krankheit versichert sind. So hat nun allerdings ein Teil der Krankenkassen die Familienfürsorge eingeführt und es mag sein, daß der Teil der Bevölkerung, der von den Krankenkassen mit Arzthilfe versorgt wird, etwas größer ist. Aber so schlimm ist das nicht. Die Familienfürsorge kennt nur eine ganz kleine Zahl gut geleseter Ortskrankenkassen. Die 810 sächsischen Gemeindekrankensicherungen und die 115 Innungs-Krankenkassen kennen überhaupt die Einrichtung nicht und die Betriebskrankenkassen nur sehr selten. Es ist sehr bedauerlich, daß über den Umfang der Familienunterstützung die amtliche Statistik nicht die geringste Auskunft gibt. Jedenfalls ist es eine ganz übertriebene, handliche Lügengruppe, wenn das Blatt sagt, etwa drei Viertel der gesamten Einwohnerschaft Sachsen würde durch die Krankenkassen ärztlich versorgt. Das wäre noch nicht einmal entfernt der Fall, wenn sämtliche Krankenkassen die Familienfürsorge hätten. Auf Grund dieser und noch einiger anderer Voraussetzungen (von den von den Kassen an die Ärzte bezahlten Beträgen werden noch 30 bis 40 Proz. abgezogen, weil das „Auslagen“ der Ärzte usw. und seine Arzthonorare seien) kommt das Blatt zu dem Ergebnis, daß die Krankenkassen nur 235 M. statt 635 M. im Jahre 1911 pro Kopf für die ärztliche Behandlung aufgewendet hätten und der einzelne Arzt nur — 1410 M. aus der Privatpraxis hätte. Da das Blatt selbst sagt, daß dieser Berechnung „erhebliche Bedenken“ gegenüberstehen, so wollen wir den Raum unseres Blattes nicht missbrauchen, diese Lügenschleifen zu widerlegen.

Mag sein, daß von den 15 000 M., die wir für den einzelnen Arzt als Durchschnittseinkommen herangerechnet hatten, einige Mark abgehoben werden können. Aber das ist nur dann der Fall, wenn das Privatbüroarium schlechter bezahlt als die Krankenkassen. Bezahlte es besser, wie die Ärzte immer behaupten, so ist das Durchschnittseinkommen noch höher. Jedenfalls beweist die Statistik, daß die ärztlichen Behauptungen von den „Dienstmannschoraren“ der Ärzte grobe Unwahrheiten sind. Hoffentlich wird bald die amtliche Statistik der Krankenversicherung noch so ausgestaltet, daß die Ärzte nicht mehr so, wie es jetzt noch geht, die wirtschaftlichen Verhältnisse verschleiern können.

Socialdemokratie und Arbeiterinteressen.

Unter dieser Überschrift entrüstet sich in den Dresdner Nachrichten ein Agrarier über unsere Berechnungen, mit denen wir die Auslastungen des Landeskulturrates über die Arbeitslosigkeit in den Städten und den Arbeitsemangel auf dem Lande verfehlten hatten. Die Publikation schilderte die Not der Arbeitslosigkeit in den Großstädten und verwies die Arbeitslosen unter verlorenen Verdachtungen auf die angewölbten freien Arbeitsstellen in der Landwirtschaft. Wie haben ausdrücklich betont, daß mir nichts dagegen einzubringen hätten, wenn Arbeitslose nach dem Lande abwanderten, haben aber zugleich

bemerkt müssen, daß die Arbeitsverhältnisse auf dem Lande lange nicht so glücklich sind, wie sie vom Landeskulturrat hingestellt wurden. Dabei haben wir auch bemerkt, daß die Landarbeit wohl gefund sein könnte, wenn Unterhalt und Beförderung nicht vielfach zu wünschen übrig ließen. Da hält der Agrarier in den Dresdner Nachrichten nun ein und eisert:

Was tut aber das sozialdemokratische Organ? Unter Verbreitung und Entstaltung der Tatsachen sucht es den Arbeitern die Beschäftigung in der Landwirtschaft so zu vereinfachen, daß es ja seinem will, wieder doch abzuhandeln und das über den Arbeitslosen zu vermindern. In erster Linie müssen die Wohnungen der Landarbeiter erhalten. Paläste sind es allerdings nicht, aber sie stehen doch dimensioniert über den Keller- und Dachwohnungen vieler Großstädte hinweg, in die jahraus jahrein kein Sonnenstrahl dringt. Sonderlich lächerlich wirkt es aber, wenn die Beförderung als minderwertig hingestellt wird. Dabei weist jedes Kind, daß die gesuchten über die Militärlanglichkeit ganz beträchtlich höher ist als in den Großstädten. Auch die der Dresdner Volkszug, nächstebenliegenden Kreise wissen gerade die gute Entwicklung in der Landwirtschaft zu schätzen. So schreibt Dr. Mühlmann in den Grenzen: „Durch den sozialdemokratischen Vertretern kannne sich auch eine Art Personalabstand zu geben. Seit einigen Jahren drängen sich ausgemergelte und hyperanamische Nonnen zum Dienst bei den Bauern. Hier bleiben sie zwei oder drei Jahre, dann gehen sie zurück in die Stadt, meist als Kaufer. Du meinst dich bei den Bauern erst ein paar Jahre gefund freuen“, vorerst man nicht solchen Ausführungen der Dresdner Volkszeitung scheint es der Sozialdemokratie tatsächlich lieber zu sein, daß in der Großstadt Tausende von Arbeitern hungern und darben, als daß ein Teil der selben landwirtschaftliche Arbeit aussucht. Wie schon oft festgestellt worden ist, vereiteln eben die Sozialdemokratie nur das nackte Parteidienstleiste, nicht aber die Interessen der Arbeiter.“

Wenn der agrarische Geistvorn über Verdrehungen zetert, muß ihm gesagt werden, daß die allein bei ihm zu finden sind. Aus unserer Notiz ging mit aller Deutlichkeit hervor, daß wir eine Abwanderung von Arbeitern nach dem Lande durchaus nicht verhindern wollten, wir konnten aber auch die unzutreffenden lobenden Ausführungen nicht unwiderrührbar lassen. Dabei haben wir auch auf die für einen von der Kultur etwas bedeckten Menschen ungenügende Unterhalt und Beförderung kurz hingewiesen, weil sie doch wenigstens in vielen Fällen neben der unpassenden Behandlung die Ursache der Leidenschaft mit sind. Das Hauptgewicht haben wir darauf aber gar nicht einmal gelegt, sondern vor allem betont, daß die Arbeit auf dem Lande nicht dauern ist und be sondern in Jahreszeiten, wo die Arbeitslosigkeit in den Städten am größten ist, keine Landarbeiter gebraucht, so die zum größten Teil selber fortgeschritten werden. Das zu betonen, war erforderlich, weil die Landarbeit ausdrücklich den Tatsachen zuwider als dauernd bezeichnet wurde, während es den Agrarieren offenbar nur darum zu tun war, für einige Wochen Erntearbeiter zu bekommen. Wir haben auch näher dargelegt, daß und warum die Landarbeit heute noch weniger als früher eine dauernde ist. Auf dieses unser Hauptargument geht dieser Agrarier aber mit seinem Worte ein. Hatte er auch nur einige Sätze unserer Darstellung zitiert, hätte er seine ganze Notiz nicht schreiben, seine Erstellungen nicht anbringen können. Im übrigen sei nur bemerkt, daß wir von unseren Auslassungen auch nicht einen Deut abschaffen, die auch ein Agrarier ohne Verdrehungen nicht antasten kann. Das zeigt auch die Art und Weise, wie in dem genannten Blatte gegen uns polemisiert und operiert wird.

Gitter. Die zweite Fernsicht Leipzig-Bittau des Zeitungskreis Sachsen ging gestern bei prächtigem Wetter vor sich. Das Interesse der Bevölkerung, das namentlich bei der verunglückten älteren Fahrt so stark war, hatte diesmal bedeutend nachgelassen. Der Zug aus der Umgebung und besonders aus dem benachbarten Schlesien war gegen früher gering zu nennen. Auch die Besucherzahl des durch Gendarmen und Feuerwehr abgesperrten Startplatzes bei Portitz stand in seinem Vergleich zum ersten Flugtag. Zur Fahrt nach Bittau stieg die Sachsen um 5.37 Uhr in Leipzig auf. Das Luftschiff nahm zunächst die Richtung auf Meissen, das 7.29 Uhr überflogen wurde. Dresden wurde um 7.49 Uhr, Radeberg um 8.20 passiert. 9.15 Uhr landete das Luftschiff auf dem Startplatz bei Portitz. Bald darauf stieg die Sachsen mit zwölf Passagieren an Bord zu einem Rundflug auf. Dieser führte über Großschönau, Wilsdorf i. B., Seifhennersdorf, Leutersdorf, Oerenbrück, Großhennersdorf und eine Reihe anderer Ortschaften der Oberlausitz und dauerte etwa 50 Min. Nach einer großen Schleife landete die Sachsen um 10.55 Uhr wieder. Der hiesige Vertreter der Delag, Herr Emil Piesch, stieg nach der Landung eine kurze Ansprache, die mit einem Dank auf den Grafen Zeppelin und sein großes Werk schloß. Um 11.10 Uhr machte die Sachsen zur Rückfahrt flott. Sie überflog noch einmal die Stadt und fuhr nach Leipzig zurück, wo die Ankunft gegen 2 Uhr erfolgte.

Rossm. Die hiesigen Schuhwarenhändler beschäftigen ein Schuhwarenverlager zu unterstützen, das in einer Gastwirtschaft eingerichtet worden ist. Zu diesem Zwecke haben die Einheimischen Kaufleute vor dem betreffenden Lokal aufgestellt und bieten darin ihre Waren 20 Prozent billiger als früher an. — Ob das ein langer Streich war, ist sehr fraglich.

Alpine Nachrichten aus dem Lande. Ein tödlicher Automobilunfall ereignete sich Sonnabend mittag auf der Wilhelmstraße in Saxon. Der 10 Jahre alte Sohn des Schuhmachers Walz, der auf dem Heimweg von der katholischen Schule begriffen, sich mit Schuhmacher dem „Sackenspiel“ hingab, wurde von einem Auto erfaßt und überfahren. Dem Knaben wurde die rechte Kopfseite eingedrückt, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Das Automobil befand sich auf der Fahrt von Köln am Rhein nach dem Schuhmarderfelde, wo es für militärische Zwecke Verwendung finden soll. — Auf dem Marktplatz in Leutersdorf sah ein Ochsenkarren der Bäuerin Brantner vor einem entgegenkommenden Automobil. Dadurch wurde der Geschäftsführer Bachmann vom Wagen geschleudert und überfahren. Der Verleger trug mehrere Rippenbrüche und eine Lungennekrose davon. — Einen schrecklichen Selbstmord beging in Neukirchen der dort wohnende und auch in Arbeit stehende 25jährige Fabrikarbeiter Horbach. Er war im Lößnitz gewesen und batte dort schon den Zug zur Rückfahrt bestellt. Als der Zug anfuhr, schnitt er das Bogenabteil, stellte heraus und warf sich unter den Zug. Der Kopf wurde vom Kumpf getrennt. Horbach hat die Tat aus Liebeskummer begangen. Seine Geliebte wohnt in Lößnitz. — Der 22jährige Maurer Otto Beyhold aus Limbach wurde am Sonnabend früh, als er auf dem Rücken nach seiner Arbeitsstelle fuhr, bei Thössfeld von dem Auto des Plauener Architekten Bartholdi angeschlagen und so schwer verletzt, daß er bald nach seiner Sanierung in das Plauener Krankenhaus starb. — In Meißen ist der achtjährige Sohn des Schuhmachers Seitzer beim Versteckspielen in den Winterhafen gefallen und ertrunken.

Stadt-Chronik.

Zum Wahlkampf im 4. Kreise.

Die bürgerlichen Parteien gaben sich am Freitag abend im Ballhaus in Dresden-Neustadt ein Stelltheim. Verschafft war die Versammlung von den Konservativen, die Freisinnigen waren aber ebenfalls in stattlicher Anzahl erschienen, gemäß eines Zitats, das in der Versammlung von den Liberalen ihre Gesinnungsgenossen aufforderten, zahlreich in der Versammlung zu erscheinen: „Wir verschaffen uns durch einen guten Resonanzabend und erzielen uns eine kostspielige Versammlung“. Der konservative Kandidat Dr. Hartmann nannte seine Programmatik. Nicht in der Weise des früheren konservativen Kandidaten Gläsermeister Weißlich, der in den Phrasenjägen gegen die Juden, die Warenhäuser und die Sozialdemokraten wetterte, sondern als leibhaftiger Doctor der Philosophie nicht gelehrt, nicht philosophisch. Zu viel Theorie, zu wenig Eingehen auf die Fragen der Zeit, so charakterisierte ein freisinniger Debattierer den Vortrag. Der Mann hatte recht, nur zog er nicht in Betracht, daß man als Konservativer mit der volkseinfühlenden Gegenwartspolitik seiner Partei im Reichstag und in den Landtagen keinen Staat machen kann und sich deshalb hilft, ohne Nutzen auf diese Fragen einzugehen. Neben das spekulatieve Kapital, die einheitliche Volksidee, den Mittelstand als das große wirtschaftliche Reervoir deutscher Volkskraft, die „allerneueste“ Wissenschaft, die Soziologie usw. läuft sich viel besser reden als über die Vereinerung der Lebensmittel, die Anziehung der Steuerabgabe, die Verdienst und Reditsmachtung des Volkes, das alles wir der konservativen Politik verdanken. Der Herr Kandidat stellte den Mittelstand, den Monarchismus und das Christentum als die Hauptpfeiler des Staates hin. Den Mittelstand lobte er über den grünen See, ihm stehe auf der einen Seite der Industrialismus, auf der anderen Seite der Proletariat. Entgegengegangen. Der Industrialismus habe zwei Seiten: der durch eigene Arbeitskraft und Intelligenz emporgestrommene, der der Skrupp, Stumm usw., auf den wir stolz sind, und der speculatieve, durch den Handel und die Bauten usw. vertretene, den wir bekämpfen müssen. Dem Proletariat müsse man helfen, sowohl es sich darum handle, schwache Kräfte in ihm zu führen, und der Herr fand warme Worte gegen die Schwachsinnigkeit der Kinderausbeutung in England, aber den Proletariat, der „angeblich“ durch die Sozialdemokratie vertreten werde, müsse man bekämpfen. Der konservative Doctor unterschob uns, wir huldigten der „radikalen Idee“: alle Menschen seien von Geburt und Natur gleich veranlagt, um dann mit logischer Schärfe und dem Aufgebot aller seiner Mittel nachzuweisen, daß diese unfehlbare sozialdemokratische Grundlehre allen Natur- und Kulturgegenen widerspreche. Taschenwiederholtstücke! Die Sozialdemokratie erfüllt nicht die Gleichheit des Rechtsetzes der Menschen an, sondern die Gleichheit der Lebensbedingungen, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel! Daß der Herr dann auch noch gegen den Terrorismus der Sozialdemokratie wetterte, die Hingeraden und die Gelben in Schach nahm, auf Grund der „allerneuesten“ Wissenschaft, der Soziologie, gegen Massenhygiene und alles was nach Waffe reicht, also auch gegen das allgemeine Stimmrecht ist, ist selbstverständlich bei einem konservativen Kandidat aus Rathstorff in Polen. Die Waffe der Wähler des vierten Kreises wird den Herrn auch nicht beflügeln.

Die Debatte brachte einen Meinungsaustausch zwischen Konservativen und Freisinnigen, in dem sich die Herren zwar verschiedene Liebhaberdinge legten, denen Grundgedanke aber doch der Gedanke war, daß man als Bürgerliche, Freisinnige wie Konservative, den gemeinsamen Feind, die rote internationale, unerlaubte Sozialdemokratie, vor allem bekämpfen müsse. Der radikal-freisinnige Kandidat Reichs-Anwalt Klöppel sprach dies unverblümmt aus. Der Herr beschwerte sich bitter, daß in Coswig die Konservativen in einer Versammlung Flugblätter auslegten, in denen sie ihn als „Revolutionär“ auf eine Stufe mit den „Roten“ hinstellten. Den Ausspruch in Schweinitz, daß er bei Stichwahl für den Sozialdemokraten eintrete, will er nicht wahrschaffen. Schon deswegen nicht, weil bei einer Stichwahl doch er, Klöppel, in Stichwahl mit dem Sozialdemokraten kommt, da zu einer Stichwahl es nötig sei, 300 Stimmen dem Sozialdemokraten abzunehmen, und das bringt nicht Dr. Hartmann mit seinem Programm, sondern nur die Freisinnigen festig. Wenn er gewußt hätte, daß Dr. Hartmann so anständig operiere wie in der heutigen Versammlung, wäre er schon heute statt ins Ballhaus nach Trachau gegangen, um dem Sozialdemokraten entgegenzutreten und das werde er in Zukunft tun. Die weitere Debatte brachte noch eine Polterrede des sattsam bekannten Buchbindervereisters und Stadtverordneten Ullrich gegen die Sozialdemokratie, ein Kauderwelsch eines christlich-nationalen Arbeiters und eine Beschwerde des Hirsch-Dunderters Sekretär Berndt. Er beschwerte sich bitter darüber, daß hier in dieser Versammlung ihm „Hirte“ zugewiesen wurde. Er sei ein Mensch und kein Hirte.

Unsere Genossen erheben aus dieser Versammlung, daß wie überall, die Gegenseite der Bürgerlichen verschwindet, wenn es gilt, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Desto mehr muß es in diesem Wahlkampfe unvermeidlich und unser Redner Aufgabe sein, die diesen Gegenläufe, die uns als Vertreter einer wahrhaft demokratischen und proletarischen Politik von den Bürgerlichen und besonders auch von den Freisinnigen trennen, klar hervorzuheben. Wenn Herr Klöppel seine Aufführungen wahr macht, ist ja deswegen dazu Gelegenheit gegeben.

Das Jahrhundertspiel

Die Vereinigung für Volksbildung und Kunstspleiße veranstaltete morgen Dienstag abend im Drei-Kaiser-Hof in Lößnitz einen Recitations- und Vorlesungssabend, in dem als Vorleser Dr. Poensgen-Alberth das Lustspiel Gerhart Hauptmanns, dessen Aufführung von den reaktionären und musikalischen Clique so würdigst wurde, daß die Vorlesungen in der Jahrhundertfest-Stadt Lößnitz abgebrochen werden mußten, beprochen wird. Bekanntlich hat um die ganze spiezerhafte Verbohrtheit der reaktionären Mächte in Deutschland entweder zu beleuchten, die Arbeiterschaft in Dresden und verschiedenen anderen Städten das Lustspiel rezitieren lassen, um damit zugleich zu demonstrieren gegen die Byzantiner in der Kunst. Diesen Zweck hat gewissermaßen auch die Veranstaltung des Vorlesungssabends am Dienstag, zu dem Karsten in den

Abtäuer Verkaufsstellen des Konsumvereins und bei den Beitragsammlern zu haben sind.

Die Übernahme hilfsbedürftiger Personen in eigene Fürsorge.

Eine wichtige Entscheidung für Armenverbände hat das Dresdner Verwaltungsgericht gefällt. Der Gürtler W. war am 1. Oktober 1910 von Dresden, wo er neun Jahre gewohnt hatte, mit seiner Familie nach Döhlitzchen verzogen. Die Familie lebte in den dürfstigen Verhältnissen, die sich noch verschlechterten, so dass der zuständige Armenrat Anfang September 1911 die Unterbringung der lungenleidenden Ehefrau in ein Dresdner Krankenhaus anordnete. Da der Mann zur Zeit arbeitslos war, beantragte am 14. September 1911 die Gemeinde Döhlitzchen beim Ortsarmenverbande Dresden die Übernahme der Ehefrau in eigene Fürsorge. Diesem Antrag wurde auch entgegengestellt. Die Frau kam in ein Krankenhaus, die beiden schulpflichtigen Kinder aber fanden Aufnahme bei den Großeltern, die zunächst ohne fremde Unterstützung für die kleinen sorgten, schließlich aber gezwungen waren, für die Kinder vom Dresdner Armenamt eine Erziehungsbehilfe zu erbitten. Diese wurde ihnen ab 2. Juni 1912 gewährt. Dresden verlangte nun Erstattung des ihm entstandenen und noch entstehenden Aufwandes von Döhlitzchen, weil inzwischen der Chemann dort seinen Unterstützungswohnstall erworben habe. Zur Klagebegründung wurde geltend gemacht, dass der Ortsarmenverband Döhlitzchen wohl im September 1911, also noch vor Ablauf der einjährigen Frist, die nach dem Gesetz zum Erwerb und Verlust des Unterstützungswohnstalls erforderlich ist, einen Antrag auf Übernahme gestellt habe, jedoch nur in bezug auf die Ehefrau und nicht der Frau im Liebe bezeugt, des Familienhauses. In solchem Falle schlägt § 14 Absatz 2 des Unterstützungswohnstallgesetzes nicht ein, sondern nur § 14 Absatz 3. Infolgedessen habe die Frist nur geruht, sei aber nicht unterbrochen worden. Letzteres würde nur dann der Fall gewesen sein, wenn der Übernahmeantrag richtig gestellt worden wäre. Und richtig wäre der Antrag gewesen, wenn er auf Übernahme der Familie bzw. des Familienhauses gelautet hätte. Es wurde in dieser Beziehung auf Entscheidungen des Bundesamts für Heimatwesen und des katholischen Ministeriums des Innern Bezug genommen. Der Ortsarmenverband Döhlitzchen behauptete, der Übernahmeantrag sei formgerecht gestellt. Er lautete auf Übernahme der pp. Ehefrau usw. Hierunter sei die ganze Familie zu verstehen. Wenn auf Übernahme des Chemannes und der Kinder nicht gedrängt worden, diese also unterblieben sei, so habe das darin seinen Grund, dass der Mann, weil nicht krank, als nicht hilfsbedürftig angesehen werden sei, während die Kinder zu den Großeltern kamen. Der Ortsarmenverband Döhlitzchen wurde enttäuscht verurteilt. Der Antrag habe nur auf Übernahme der Ehefrau gelautet, also nur eines Familienmitgliedes, und deshalb eine Unterbrechung der laufenden Frist nicht zur Folge gehabt. Infolgedessen hatte der Chemann, als die Hilfsbedürftigkeit der Kinder erriet, bereits den Unterstützungswohnstall in Döhlitzchen erworben.

Die Geschäftsräume der Armenamtshauptstelle und der Gewerbeamts-Zweiggeschäftsstelle Götta werden am 10. September d. J. gereinigt und deshalb von 10 Uhr vormittags ab geschlossen sein. Vorher können an diesem Tage dafelbst nur dringliche Angelegenheiten erledigt werden.

Die Gründung des Sarasani-Theaters ist, wie uns mitgeteilt wird, auf den 1. Oktober definitiv festgelegt.

Stenographie! In den nächsten Tagen beginnen wieder die Unterrichtsstunden des Deutschen Arbeiters-Stenographenclubs. Die Kurse werden auch dieses Jahr mit einem Ausflügldvortrag über: Das Wesen der Stenographie eingeleitet, so dass jedermann Gelegenheit hat, sich über das System der Stenographie zu informieren. Der Vortrag findet am Sonntag den 14. September, vormittags 11 Uhr, im kleinen Saale des Volkshauses statt. — Der Beginn der Unterrichtskurse in Alstadt, Neustadt, Striesen, Kaditz, Steglitz und Radebeul wird am Freitag im Inneren teil bekanntgegeben.

Gruppe Blasen. Mittwoch den 10. September, abends 9 Uhr, findet im Restaurant Sielmannsberg ein Frauen-Diskussionsabend statt und werden die Genossinnen erneut zahlreich zu erscheinen.

Kinderarbeitskommission. 4. Kreis. Nächsten Mittwoch Spieltag. Treffpunkt 2 Uhr am Bischofsplatz. Proviant ist mitzubringen. Frauen sind willkommen.

5. Kreis. Dienstag den 9. September, abends 8½ Uhr, Versammlung im Volkshaus. Wichtige Tagesordnung. Er scheint aller ist Pflicht.

6. Kreis, Striesen. Mittwoch Aussflug in die Heide. Sammeln 2½ Uhr am Schillerplatz. Proviant und Brückengeld mitzubringen.

4. Kreis, Dresden-Neustadt. Die Frauen der Neustadt treffen sich Dienstag abends 8½ Uhr am Bischofsplatz, um gemeinsam nach dem Versammlungslokal zu gehen. Er scheint in Mitten.

Aus der Umgebung.

Döhlitz und Umgegend. Von Dienstag den 9. Sept. an liegen die Wählerlisten zur Reichstagswahl in den Gemeindeämtern aus. Da jedoch neue Listen haben aufgestellt werden müssen, so ist es die Pflicht jedes Wählers, sich zu überzeugen, ob er in der Wählerliste steht; denn nur derjenige, welcher in der Liste steht, hat ein Wahlrecht. Alles Protestieren bei der Wahl nicht ihm nichts; auch ist es wiederholt schon vorgekommen, dass Wähler, welche schon lange an einem Ort wohnten, doch nicht in der Liste standen; also nur Überzeugung macht wahr. Für diejenigen, welche keine Zeit haben, haben sich folgende Genossen bereit erklärt, die Liste für sie nachzusehen: Döhlitz: Genosse Schauer, Grundstr. 45; Bühlau: Genosse Rieß, Konsumverein; Weißer Hirsch: Genosse Eichhorn; Kochwitz: Genosse Unger, Neu-Kochwitz; Kaditz: Genosse Grafe, Grundstr. 50; Radeberg: Genosse Herrmann, Konsumverein; Panschwitz: Genosse Michael, Helfenberger Grund; Potschappel: Genosse Krömer, Föhr Leiter 27; Billnitz: Genosse Andritz, Konsumverein; Södringen: Genosse Paul Haase; Oberpontitz: Genosse Paul Künzig. Für die größeren Orte hängen noch Listen in folgenden Lokalen aus, wo sich die Genossen eingeschrieben wollen zum Nachsehen. Döhlitz: Stehbierhalle Ratskeller, Grundschule und Weißer Hirsch bei Regels. Bühlau im Ratskeller und bei Böden.

Berg. Dienstag den 9. September, abends 8 Uhr, Gemeinderatssitzung.

Niederschlesien. Dienstag den 9. September, abends 7½ Uhr, im heutigen Rathause öffentliche Gemeinderatssitzung mit reichhaltiger Tagesordnung.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Jugendliche Einbrüche.

In einer hiesigen Herberge lernten sich der 24jährige Arbeiter, zuletzt Feinsteppner Max Martin Buch und der zwei Jahre jüngere Fischer Karl Wilhelm Bräuer kennen. Beide hatten zeit vor kurzem Strafe verübt, Buch im aus dem Buchthe, er war auch aus Sachsen ausgewichen. Ihre Vermüthungen, d. h. es zu finden, waren nach ihrem Angaben erfolglos, eben weil sie bejagt waren. Sie verabschiedeten am 29. Juni d. J. bei einem Kaufmann in der Pfotenauerstraße einen Diebstahl. Mittels Einsteigens durch einen Fenster auf die Treppe, wo sie die Eisenstäbe aussteckten, gelangten sie in die Wohnung, wovon sie verschiedene Schränke aufbrachen und gegen 20 M. Bargeld und Schmuckstücke im Wert von 60 M. stahlen. Am 1. Juli fuhren sie in einer Villa in Döhlitz mit den Fenster offen stehen und zwei Frauen im Garten spazieren. Es entledigte sich der Schuhe und Strümpfe und stieg durch ein Fenster ins Haus. Nach kurzer Zeit kam er zu dem im Gebüsch vor der Villa wartenden Genossen zurück. Er hatte 120 M. Bargeld und für gegen 600 M. Schmuckstücke aus einem offenen Schrank entwendet. Er, der in Döhlitz mit ein Verhältnis hatte, war am 2. Juli allein in Niederpontitz. Als er beim Bahnheim vorüberging, bemerkte er die Bewohner im Garten. Daraus trat er ins Haus, fand die Stuben für das Bistro offen und die Türe leer. Es fand ebenfalls offen Kommode stahl er eine eigene Hosette, die er im Gebüsch öffnete und die 40 bis 50 M. Bargeld sowie diverse Schmuckstücke entnahm und dann stehend ließ. Gegen Abend desselben Tages betrat er die nach seiner Meinung unbefestigte Wohnung in der Villa eines Werkmeisters. Hier fiel ihm noch kurzem Suchen ebenfalls eine Hosette in die Hände. Er öffnete sie gewaltsam und entnahm ihr sechs Sparschiffchen sowie über 100 M. Bargeld. Auf einmal stach ein kleiner Hund vor ihm und schlug an. An der ihm entgegneten Hand schrammte er vorüber und entfloß. Die Sparschiffchen waren er in einen beschädigten Garten. Es gelang noch denselben Abend, ihn zu rettun. Es ist auch noch der Nebertreibung angeklagt, da er sich hier unter fälschlichem Namen anmeldete und widerrechtlich aufhielt. Beide Angeklagte sind in vollem Umfange geschnitten. Bräuer hatte bisher gesiegt. Der Staatsanwalt stellte noch fest, dass die längere Zeit im Verbot stand, den Troschelknusper Wünster im Ostragehege und einen österreichischen Bahnamtbeamten ermordet zu haben. Er (Dr.) stellte an das Gericht die merkwürdige Forderung, ihn zu Buchhaus und nicht zu Gefängnis zu verurteilen; wenn er gebessert werden sollte, müsse die Strafe kurz und streng sein. Das Urteil lautete bei Buchhaus auf drei Jahre sechs Monate und bei Bräuer auf zwei Jahre sechs Monate Buchhaus und je fünf Jahre Ehrenstrafeverlust.

Ein Spezialist.

Rittels geschildert gesuchter Vopiere verteidigte es der 1893 in Berlin geborene ehemalige Konditor, jetzt Handelsmann Louis André Matzner, sich auf zu beschaffen. Mit seinen „Kleppen“ ging er auf die Konsole, hielt sich als mittelloser Handelsmann des betreffenden Konzerns vor und bat um Unterstützung über die Mittel der Weitkreise. Auf diese Weise hat er hier das persönliche, vertrauliche, rumänische und brasilianische, und in Leipzig das brasiliatische Konsulat um Summen von 6 bis 20 M. gekämpft. Der gerändige Angeklagte wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, von denen zwei als verbüßt gelten.

Schöffengericht.

Wilhe. Richter

fand der wegen gefährlicher Körperverletzung angeklagte Oberlehrer Bornhoff. Der Angeklagte amüsierte sich in einem öffentlichen Hause und wollte dann nicht bezahlen. Deshalb kam es zu einer Auseinandersetzung, bei der V. die „Madam“ an die Bettlante stieß, sie mit seinem Spazierstock über den Arm schlug, einer Prostituierten Faustschläge versetzte und eine andere mit Faustschlägen über den Kopf ganz erheblich verletzte. Dieser rohe Prozess verfuhr der Angeklagte mit der Angabe zu rechtfechten, er habe sich in Notwehr befunden. Als er nicht begeissen wollte, waren alle auf ihn eingebrochen. Die Zeugen bestreiten das jedoch und erklärten, ihr Eindruck damit, dass sie der „Madam“ zu Hilfe eilten, als diese von dem Angeklagten in vorbarbarischer Weise mishandelt wurde. Der Angeklagte kann die Soche mit 15 M. Strafe abschaffen.

Allgemein entwideter Spezial.

Wegen fortgesetzten Diebstahls musste sich der Dienner Paul Bruno Kanale verantworten. Achten ihm nahm auf der Anklagebank seine Mutter, die Leinenfrau Anna Berla Drechsel herzu, gewesene Kanzler, wegen Schleier Platz. Er war bei dem Projektor Dr. Oberländer in Dienst und fand dort Belegschaft, nach und nach beinahe 2000 M. zu ziehen. Das Geld zündete er alles nach Hause und ließ es auf die Sparbücher legen, etwas könnte er auch seiner Mutter. Das Urteil lautete gegen ihn auf sechs Monate, gegen seine Mutter auf zwei Wochen Gefängnis.

Ein verschlechtes Leben

hat die im hohen Alter befindliche Arbeitnehmerin Kuschel hinter sich, die sich jetzt wegen eines Diebstahls zu verantworten hat. Die alte, gebrechliche Frau hat einen erheblichen Teil ihres Lebens hinter Gefängnismauern — allein zirka 20 Jahre im Buchhaus — zugebracht. Seit 17 Jahren führte sie sich aber straffrei, bis sie im Juni in große Not geriet. Die Miete sollte gezahlt werden und sie hatte dazu noch keinen Pfennig. Angeblich will sie sich ohne Erfolg an das Armenamt gewendet haben. Da sich sie bei einem Schankwirt auf den Rücken eines Rings im Wert von 25 M. liegen, Sie eignete sich ihm an und verfärbte ihn. Obwohl sie in Not geriet, hat auch sie die Tat mit zwei Wochen Gefängnis büßen müssen, wovon ihr drei Tage für die erzielte Untersuchungshaft entgezogen werden.

Wegen Sachbeschädigung

wurde der Breseler Will Ferdinand Kirsch angeklagt, weil er am 2. August einen dem Statthalter Gadams gehörigen Hund im Wert von 15 M. mit scharfer Seitenklinge beschädigte, so dass der Hund gestorben. Da der Beschädigte selbst der Meinung war, dass der Angeklagte nur aus jugendlichem Leidenschaft gehandelt hatte, nahm das Gericht an, dass ihm die Strafbarkeitseinheit gemäßt habe und erkannte auf Freiabrechnung.

Oberkriegsgericht

Ein deutsches Urteil gesprochen.

Der im dritten Dienstjahr stehende Ulan Heidenreich vom Ulanen-Regiment Nr. 17 in Oschatz war wegen einiger harmloser Neugierde während des Stabsdienstes vom Kriegsgericht zu der harten Strafe von 4 Monaten 2 Wochen Gefängnis verurteilt worden. Am 29. Juni stellte gegen 6 Uhr während des Stabdienssts befahl der dienstführende Unteroffizier, die Mannschaften sollten im Stalle bleibend. Heidenreich hielt die Maßnahme des Unteroffiziers nicht für richtig und erklärte: „Es ist nicht nötig, dass die ganze Mannschaft bleibt, der Wachmeister will das gar nicht haben!“ Die Beurteilung soll „stech und dreist“ gewesen sein und d. h. soll dabei mit den Händen bestimmt haben. Der Unteroffizier erwiderte darauf, dass d. h. das nichts angeht und im Anschluss daran fragte der Angeklagte: „Was geht's nichts an, ob die Unteroffiziere ordnen immer mehr an, als nötig ist!“ Unmittelbar darauf erhält der Angeklagte vom Sergeanten Rieß den Befehl, die Mannschaften zu waschen. Auf diese Anordnung soll d. h. gemerkt und gesagt haben: „Ich sage keine Befehle!“ Trotz Verbots soll er nach Anfrage des Vorgesetzten weiter-

gemerkt haben. Das muttende Gericht war aber dadurch entstanden, dass sich Heidenreich im Stande mit einem Kameraden unterhielt. Er wurde dann zum Sergeanten gerufen und fragte, was er solle, er habe doch nichts getan. Auch dadurch soll er eine „unmittelbare Stellung“ eingenommen und in „abschlagsfördernder Welle“ mit den Händen herumgeschüttelt haben. Als der Sergeante zu ihm sagte, er solle sich anständig benehmen, sonst würde er ihn nach dahin bringen, wohin er gehöre, erwiderte der Angeklagte: „Bitte herzliche Ausführungen zu unterlassen, ich bin doch kein dummes Junge!“ Heidenreich gibt einige Ausführungen zu, bestreitet aber entchieden, gefragt zu haben, er sage keine Befehle. Er habe sich zwar aufzulehnen noch achtungsvoll erkundet sein wollen. Der Sergeant Albrecht habe er auf ihn abgesehen und ihn schon mehrfach Verdächtiger, Rossjunge, Raufsegen usw. genannt, auch andere Unteroffiziere aufgehebelt, recht scharf gegen die Soldaten zu sein. (Eine Untersuchung gegen Albrecht ist im Gang.) Weiter wendete Heidenreich ein, dass im Stalle die starre Disziplin nicht durchzuhalten sei und oft Auseinandersetzungen zwischen Unteroffizieren und Soldaten stattfinden, ohne dass Melbung erlaubt und Bestrafung eingesetzt wäre. Das Kriegsgericht erklärte in dem Verhalten und in der Verfehlung Heidenreichs einen grenzenlosen Mangal an Disziplin, der es mit einer ganz exemplarischen Strafe entgegensezten zu müssen glaubte. Man wußt obige Strafe aus und verfügte außerdem die sofortige Haftnahme. Gegen das Urteil legte der Angeklagte Berufung ein mit der Begründung, dass er sich einer Gehorsamsverweigerung nicht schuldig gemacht habe und die Strafe mit Hälfte auf die harmlosen Ausführungen und das fehlende Bedenken des Angeklagten zu bestrafen sei. Der Haftungsvertreter hielt eine grobe Disziplinbefehlung für vorliegend und die Strafe der Beurteilung eher zu niedrig als zu hoch. Das Oberkriegsgericht schaltete die Gehorsamsverweigerung aus, erkannte aber innerhalb noch auf 3 Monate 2 Wochen Gefängnis unter Anrechnung von 2 Wochen der Untersuchungshaft.

Parteiangelegenheiten.

Über das Miteinander christlich-organisierter Arbeiter bei einem Massenstreik

schriften Genosse Karl Weißfeldt-Höhn in einer Antwort auf den Geistlichen Karl Liebhardt und die Genossin Rosa Luxemburg in der letzten Nummer der Neuen Zeit:

Karl Liebhardt und Rosa Luxemburg sind der Ansicht, dass in einer revolutionären Situation auch die unorganisierten Massen und selbst die christlich organisierten Arbeiter mitgerissen werden würden. Möglich, ja sogar wahrscheinlich, dass ein Teil unorganisierter in einer die Arbeiterschaft bis ins Inneste aufwühlenden Staat mit hineingezogen wird. Bei den christlichen Gewerkschaften sind heute ohnehin und werden es noch auf Jahre hinaus sein, in einer äußerst prekären Lage. Vollig abhängig vom Zentrum und der katholischen Kirche, eingemäntigt in die deindustriellen, die ihnen die Hierarchy angelegt hat, abhängig sogar vom Wohlwollen der Regierung, die für ihre Christen in Rom interviert, droht ihnen Verhaftung von allen Seiten, sobald sie es wagen, dem ihnen zugedachten Zweck zuwiderzuhandeln und etwa allgemein eine Kampfparole für den politischen Massenstreik auszugeben. Die Führer sind überzeugt sogar an dem Stielstand wenn nicht gerade des Dreissigjahrigen, so doch eines anderen irgendwie gezielten Wiederaufstandes, so persönlich interessiert, da sie nur diesem ihre Position in der preußischen Landwirtschaft verdonieren. Es wäre verfehlt, bei jenen Leuten Massenpfänden vorauszusehen. Wo es ursprünglich vorhanden war, ist es ihnen im Dienste des Zentrums und der geplanten Reaktion längst ausgetrieben worden — davon müsste ihre Stellung zu der Reichsfinanzreform von 1909, jetzt recht über der liebhaberischen Steuerbruch des christlichen Bergarbeiterverbandes von 1912 den letzten Zweck geführt haben. Die neuendungsversuchte Wiederannäherung des christlichen Verbundes an die freiorganisierten Bergarbeiter ist weniger ein Beweis dessen Einflusses, als vielmehr ein schwierig aufzuhaltener Versuch, der Mitgliederflucht in den eigenen Reihen Einhalt zu tun. Der Verfehlung ist zu verbergen. Eine vom Zentrum abhängige, von den Generalräubern des Katholischen Volksvereins dirigierte Organisation wird zu fraktionspolitischer Zwecksetzung vorausgesetzt. Das Gegenteil wird durch einen vereitelt geführten Streik nicht bewiesen.

Aber Liebhardt und Luxemburg wollen ja wohl nicht die Führer, sondern die Massen mitreissen. Auch diese Hoffnungen wird tragen. Das Gros der christlich organisierten Arbeiter ist schon in sich religiös träge und geistig wenig beweglich — es ist überzeugt, aber auch viel stärker als die freigewerkschaftlich und sozialdemokratisch ergogenen Arbeiter an willenlosen Gewerkschaften gewöhnt. Das hierfür System verlangt von seinen Anhängern blindes Unterwerfung und Abhängigkeit von eignen Willen. In diesem Geiste ist der katholische Arbeiter aufzunehmen. Durchaus autoritäts- und führungsgebürdig ist er gewohnt, auf das eigene Urteil zu verzichten und sich fremden Anordnungen willig zu unterwerfen. Das mag zumindest gegen sein Klasseninteresse gerichtet sein, er geht doch immer wieder ins Los. Der früher Beispiel habe wie genug angefangen von den Katholikslumpen vor einem Dutzend Jahren, wo nach schwachen Oppositionsversuchen die katholischen Arbeiter geostet einschwenken, bis zu den Streikbrüderlich im Ruhrgebiet auf vergangene Jahre. Augenblick der preußischen Machtbewegung sind vor sechs oder sieben Jahren, als die sozialdemokratische Bewegung zu Kraftwoll einschrie, im katholischen Arbeiterkreis einige Stimmen laut geworden: sie sind längst verstimmt und haben einer trübeligen Gleichgültigkeit, wenn nicht unmittelbaren Feindschaft gegen jede höhere Wahlrechtsaktion Platz gemacht.

Der Klerikalismus weiß seine Puppen zu dirigieren und wenn die Gegenseitigkeit dennoch rebellisch werden und eine Störung zu reißen drohen, malt er längs das Schredspiegel des Kulturkampfes an die Wand. Vor einigen Jahren begegnete er unseren Wahlrechtskundgebungen mit sogenannten Befreiungssatzungen, Kundgebungen unerlässlicher Richtlinien und Religionstreue der katholischen Arbeiterschaft. Dieses Regel wird er auch in Zukunft anwenden. Bei unserer Beurteilung der hinterhältigen Wahlrechtspolitik des Zentrums werden in der Regel die kirchen- und sozialpolitischen Interessen der Klerikals zu wenig berücksichtigt, die doch ihre Stellungnahme mindestens ebenso stark, wenn nicht noch stärker beeinflussen, als es durch die agrarischen Tendenzen dieser Partei geschieht. Liebhardt und Luxemburg dürfen verwirkt sein, dass das Zentrum an der religiösen Ideologie seines Arbeiterschaftsgelehrten noch lange Zeit hin aus einem totalen Rückhalt für seine reaktionäre Politik haben wird. Diese in tiefendurch Korrumpe befangenen Arbeiter werden auch in Zukunft auf „das bishüllige Wahlrecht“ noch eher verzichten, als dass sie sich von einer Bewegung mit fortsetzen lassen, deren Ziel nach der gleichmäßigen Behauptung ihrer Klerikals führt der Kampf gegen Religion und Kirche, die Verhinderung des lieben Gottes aus dem Staat und die Unterwerfung aller christlichen Sitten ist. Als einer von denen, die die katholische religiöse Verfestigung selbst mit erlebt und überlebt die Klerikals Künste und Schläge hinreichend kennen gelebt haben, warne ich die Genossen dringend, die Hoffnung zu haben, dass von einer mächtigen, im Massenstreik teilnehmenden katholischen Arbeiter in größerer Zahl mitgerissen werden könnten!

Da für einen eventuellen Massenstreik in Preußen natürlich die zahlreichen jetzt noch christlich organisierten Arbeiter des rheinisch-westfälischen und des sächsischen Industriegebietes sehr mit in Rechnung gestellt werden müssen,

Handel und Industrie.

Lloyd und Reich.

In einer Veröffentlichung über das Ergebnis im ersten Halbjahr 1913 geht der Norddeutsche Lloyd auch auf die Frage der Reichsdampfsubvention ein. Gegenüber derselben Zeit des Vorjahrs erzielte danach die Gesellschaft einen erheblichen Fortschritt, vorgetragen hauptsächlich durch den lebhaften Verkehr auf der Nordamerika-Linie und den stark gestiegenen Verkehr auf den Linien nach Südamerika. Dazu kommen noch weiteren Angaben bezüglich Ergebnisse auf den meisten übrigen Linien, außer der Reichspostdampferlinie nach Australien, sowie verneinte Gewinne aus den Beteiligungen und eigenen Einnahmen. Die finanzielle Lage der Gesellschaft hat eine weitere erhebliche Verbesserung erfahren, da die bereit Mittel von 51 Millionen Mark am Ende des letzten Jahres auf 61 Millionen Mark bis Ende August dieses Jahres gestiegen sind, trotzdem in der Zwischenzeit allein auf die Ausführung des Seesdampferbauprogramms (12 Dampfer von zusammen 160 000 Registertonnen) weitgehende An- oder Vorauszahlungen gemacht wurden. Insgesamt befinden sich die genannten, im Bau befindlichen Dampfer nur noch rund 20 Millionen Mark, die kontraktlich erst vom Frühjahr bis Herbst des nächsten Jahres fällig werden.

Über die etwaige Erneuerung der Reichspostdampfer-Verträge schworen zurzeit noch Verhandlungen mit der Reichsregierung. Gedenfalls wird der Norddeutsche Lloyd, wie er hervorhebt, angesichts der Bedeutung des Verkehrs zwischen Deutschland und Ostasien seinen bisherigen überzähligigen Passagierrdienst nach dem Osten aufrechterhalten und außerdem den seinerzeit ausgegebenen reinen Frachtverdienst nach Ostasien wieder aufnehmen. Die australische Hauptlinie, die unter dem bestehenden Subventionenvertrag dauernd mit schweren Verlusten gearbeitet hat, wird der Norddeutsche Lloyd nach Ablauf des Vertrages einstellen, es sei denn, daß die Regierung für die Weiterführung und den siedann notwendig werdenden weiteren Ausbau einen ausreichenden Aufschub leisten würde. Im Interesse der Rückunterbrechung einer gebündelten Weiterentwicklung des deutschen Kolonialbesitzes in der Südsee wird der Norddeutsche Lloyd bereit sein, gegen entsprechende Vergütung die dort bestehenden Linien weiterzutreiben und der Entwicklung entsprechend auszubauen. In Aussicht genommen ist ein Dienst durch den Panamakanal, sobald dieser definitiv eröffnet ist. Die aus der eventuellen Einstellung der australischen Reichspostdampferlinie freierwerdenden Schiffe werden gute Verwendung auf anderen Linien des Norddeutschen Lloyd finden. Der Frachtverdienst nach Australien würde natürlich einen entsprechenden Ausbau erfahren.

Die Neuheiten des Lloyd Uingen wie Abschiedsworte von der Dampfersubvention für die ostasiatischen Linien, die ohne Subvention vom 1. Oktober nächsten Jahres an betrieben zu wollen die Hamburg-Amerika-Linie angekündigt hat. Damit dürfte die Frage der Reichsdampfsubvention, soweit die ostasiatischen Linien in Betracht kommen, erledigt sein, denn wenn ein ausreichender Verkehr auf diesen Strecken gesichert ist, fällt auch der letzte Grund für die Fortgewährung der Subventionen fort. Bisher betrieb die Hamburg-Amerika-Linie nach Ostasien nur den Frachtverkehr, und zwar auf Grund besonderer Vereinbarungen mit dem Norddeutschen Lloyd, dem der Passagierrdienst vorbehoben blieb. Die für den Norddeutschen Lloyd sehr schnelle Aufnahme des Passagierrverkehrs nach Ostasien durch die Hamburg-Amerika-Linie — er verlor dadurch die Subvention —, beansprucht er nun mit der Aufnahme des Frachtverkehrs auf den ostasiatischen Linien. Durch die Erweiterung des ostasiatischen Verkehrs der Hamburg-Amerika-Linie wird man die früher oft vom Lloyd aufgestellten Behauptungen von der außergewöhnlich geringen Rentabilität der Ostasien-Linien um so mehr bezweifeln müssen. Das muß den Reichstag veranlassen, bei Verträgen des Reichs mit Schiffs-, und anderen Unternehmungen Bestimmungen vorzusehen, die eine unbedingt sichere Abrechnungs kontrolle ermöglichen.

Internationale Zollerkonvention.

Im Herbst wied in Brüssel eine Spezialsession der Internationalen Zollerkonvention sich mit der Gestaltungnahme gegenüber England und Italien, die seit dem 1. September aus der Konferenz ausgeschieden sind, beschäftigt. Gleichzeitig hatten England und Italien die Zuschlagsfreiheit zur Internationalen Zollerkonvention bei der letzten Konventionserneuerung Anfang des Jahres 1911; der Austritt der beiden Länder vermag weder Überzeugung hervorzurufen, noch wird er zunächst eine Rendierung der durch die Konvention geschaffenen Verhältnisse herbeiführen. Abgeschlossen wurde die Brüsseler Zollerkonvention bekanntlich im Frühjahr 1902 zwischen Deutschland, Frankreich, England, Österreich-Ungarn, Belgien, Italien, der Schweiz, Luxemburg, Niederlande, Schweden und Peru. In jenem Abkommen verpflichteten sich die beteiligten Staaten, vom 1. Dezember 1903 an keine direkten oder indirekten Ausfuhrvergütungen für Güter zu gewähren und Güter, die aus Ländern stammten, die für die Erzeugung oder Ausfuhr Prämien bewilligen, bei der Einfuhr in ihr Gebiet mit einem besonderen Zoll zu beladen. Gegenseitig gestanden sich die Vertragsstaaten auch das Recht zu, die Einfuhr jedes prämierten Güters zu verbieten. Bei der ersten Erneuerung des Vertrages im Jahre 1907 wurde England das Recht eingeräumt, Güter aus Ländern einzuführen, die Prämien gaben, ohne auf den Prämienzulieferer Strafe legen zu müssen. Von den Konventionstaaten wurde ferner mit Russland, das allein für England der Einfuhr von prämiertem Güter in Betracht kam, ein Separatabkommen geschlossen, nach dem Russland in der Zeit vom 1. November 1907 bis 31. August 1913 jährlich eine Menge von 200 000 Tonnen Güter über die europäischen Grenzen exportieren durfte. Dann wurde bei der Erneuerung der Konvention im Sommer 1911 und noch längere Verhandlungen eine Erhöhung des Ausfuhrkontingents gestanden. England kündigte den Vertrag, weil seine Rendierung auf das Recht jährlicher Kündigung des für 1918 abgeschlossenen Abkommen keine Annahme fand. Da Russland Ausfuhrverträge festgelegt sind, kann eine Verschiebung am englischen Zollerpolitik auch noch dem Austritt Englands in absehbarer Zeit kaum eintreten, abgesehen davon, daß England in Rusland auf die Interessen der Kolonien, die Kolonialproduzierer, irgendwelchen Prämienzulieferer in einem noch erhöhten Umfang nicht herangehen durfte. An eine grundlegende Rendierung der Zollerpolitik wird in England auch nicht gedacht. Italien kommt für den Zuckerrückport ganz und gar nicht in Betracht.

Amerikanische Passierplattenkonkurrenz gegen Krupp. Der auf der Stettiner Vulkanwerft im Bau befindliche zweite 1500-Tons-Dreadnaught Salamis, der im Januar 1915 dienstbereit sein soll, erhält der Berliner Zeitung a. W. zu folge, eine Rangierung. Die Durchweg von der Werftlinie -

Steel & Co. in Pennsylvania geliefert wird. Auch bezüglich der gesamten Armierung hat die griechische Regierung mit der amerikanischen Staatsrepublik angehörigen Gesellschaft einen Kontakt abgeschlossen, der die Lieferung von acht 256-Millimeter-Geschützen, zwölf 152-Millimeter- und zwölf 76-Millimeter-Geschützen vorsieht. Durch besondere Besigkeit hat sich auch der Staatsrat nicht ausgesetzt, was darum hervorgeht, daß die amerikanische Regierung den Bau eines staatlichen Panzerplattewerkes plant. Aber den Krups Preisen gegenüber waren die Panzerplattenförderungen des Staatsrates noch sehr billig. Es darf der deutschen Marinewerft nicht schwer fallen, sich in Griechenland nach weiteren Angaben bezüglich Ergebnisse auf den meisten übrigen Linien, außer der Reichspostdampferlinie nach Australien, sowie verneinte Gewinne aus den Beteiligungen und eigenen Einnahmen. Die finanzielle Lage der Gesellschaft hat eine weitere erhebliche Verbesserung erfahren, da die bereit Mittel von 51 Millionen Mark am Ende des letzten Jahres auf 61 Millionen Mark bis Ende August dieses Jahres gestiegen sind, trotzdem in der Zwischenzeit allein auf die Ausführung des Seesdampferbauprogramms (12 Dampfer von zusammen 160 000 Registertonnen) weitgehende An- oder Vorauszahlungen gemacht wurden. Insgesamt befinden sich die genannten, im Bau befindlichen Dampfer nur noch rund 20 Millionen Mark, die kontraktlich erst vom Frühjahr bis Herbst des nächsten Jahres fällig werden.

Weitere Verschlechterung der Eisenmärkte. Kampftrotzig waren die von verschiedenen Seiten unternommenen Versuche, die Lage der Eisenmärkte in den letzten Wochen als gebeizt erscheinen zu lassen. Wie und ob war nach besondern kurzen Preisrückgängen wohl eine leichte Hebung der Kaufmächtigkeit eingetreten, doch diese Hebung erwies sich zu bald als eine vorübergehende Erholung. Charakteristisch für die Situation sind die erneuten Preisrückgänge für Bleie an der Düsseldorfer Montabaur. Es stellt sich in Mark pro Tonne:

	Grobbleche	Kesselbleche	Feinbleche
Anfang April 1913	180—185	140—145	140—145
1. August	116—120	120—130	128—133
15.	112—116	122—126	125—130
29.	110—114	120—124	125—130
5. September	108—112	112—122	122—130

Die Produktionsziffern der Eisenindustrie weisen dabei weiter eine steigende Richtung auf. So betrug Deutschlands Stahlproduktion während des Monats August 1913 1,64 Millionen Tonnen gegen 1,53 Millionen Tonnen im August des Vorjahrs, gegen den November dieses Jahres mit 1,65 Millionen Tonnen war die Veränderung nur gering. Nichtsdestoweniger macht sich auch am Stahlmarkt Konkurrenzbedeckung mehr und mehr geltend, am nützlichsten im Export. Angesichts der beträchtlichen Preisrückgänge für Bergarbeiterlohn stehen sich auch die Rohstoffproduzenten zu Preisverhandlungen genötigt. In Aussicht steht eine Erhöhung des Kohlenabwands für Koal und Kokslochsenpreise um 1 M. für die Tonne. Nach dem Erhöhungsbefehl des Kohlenabwands wird vorwiegend auch der Roheisenverkauf eine Preisheraufsetzung eintreten lassen.

Bericht über den Getreidemarkt.
Während in der vergangenen Woche infolge des Getreideangebots von den Märkten aus, hielt sich die Kauflast in engen Grenzen. Vorübergehend hatten die Weizenpreise nicht unerhebliche Preissteigerungen erfahren, doch als Amerika seine Preisforderungen berichtigte und England rechtliche Offerten sonderte, setzte sich wieder eine Abschwächung der Preise ein. Es notierten an der Berliner Börse per Doppeltimer:

	Roggen	Weizen
30. August	164	180 ^{1/2}
1. September	168 ^{1/2}	168
2.	168 ^{1/2}	167 ^{1/2}
3.	165	168 ^{1/2}
4.	164	166 ^{1/2}
5.	163 ^{1/2}	165 ^{1/2}
6.	162 ^{1/2}	164 ^{1/2}
		189 ^{1/2}
		190 ^{1/2}

Durch die in Begleitung von Gewitterwetter vorgenommenen Niederschläge wurde nach dem letzten Bericht des Deutschen Landwirtschaftsrats die Beendigung der Getreideernte wieder stellenweise hinausgezögert. Gleichzeitig ist jetzt der größte Teil des Halmfrüchte geblüht, nur Hafer stand noch größerer Betrieben und vor allem in höheren Lagen noch vielstockig draußen. Es hängt das damit zusammen, daß das starke Regen dieser Frucht die Erntearbeiten erschwert. Die Droschgerben ist der einzelnen Getreidearten wurde kaum Anlaß zur Unzufriedenheit geben, hätte das eine Beilage so ungünstige Einwirkungen die Gesellschaft nicht erheblich herabgedrückt. Die Vorarbeiten für die Herbstbelebung sind wegen der späten Räumung der Felder und im Hinblick auf die Grünmetter noch nicht weit vorgeschritten. Das Ergebnis der Grünmetter befriedigt, abgesehen von einigen Gebieten Westdeutschlands. Das meist reichlich gewachsene Grünmett wird in guter Gesundheit eingetragen. Der junge Klee entwickelt sich bisher günstig. Für die Haferfrüchte war das warme und vorwiegend trockne Wetter sehr dienlich, besonders für die Kartoffeln, deren Ernteaufschichten sich zum Teil erheblich gehoben haben. Trocknach frühen Abferbend und häufig beobachteter Krankheiten rechnet man jetzt bei den späteren Sorten auf einen Zeitverzug, zum Teil sogar guten Ertrag. Die Rüben werden nach wie vor günstig beurteilt; sie haben sowohl im Wachstum als auch im Zuckergehalt weitere Fortschritte gemacht.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Aus der Dresdner Zimmererbewegung.

Um die Herbstzeit ist im letzten Jahrzehnt eine neue Bauweise zu gewaltiger Entwicklung gelangt: Es ist die Eisenbetonbau. Allerdings kann man beobachten, in welch vielfältiger Weise der Eisenbetonbau in die Erscheinung tritt. Alle Arten von Bauten, wie Theater, Fabriken, Warenhäuser, Brücken usw., werden heute fast nur aus Eisenbeton aufgebaut. Die früheren Konstruktionen sind bei diesem Material möglich wie die Betonhalle auf der Internationalen Bauausstellung zu Leipzig beweist. Die Unternehmen, die sich heute mit der Herstellung von Eisenbetonbauten befassen, gehören zu den größten und leistungsfähigsten Betrieben des Baugewerbes in Deutschland.

Da wird nun jeder Unbefangene annehmen, daß auf Eisenbetonbauten noch jeder Richtung hin für die Arbeiter gesorgt ist, daß Leben und Gesundheit in ausreichender Weise gefördert werden. Weder ruhig konstatiert werden, daß das nicht der Fall ist. Das beweist wiederum eine am Donnerstag den 4. September im Neuenheimer Hallenfundamente Versammlung der Zimmerer Dresden, in der Gauleiter Höhne über: Die Gefahren des Betonbaus auf die Zimmerer und untere Maßnahmen zur Verhütung derselben sprach.

Der Redner führt folgendes aus: Diesem Zweig des Bauwesens müsse ganz besondere Aufmerksamkeit zugewandt werden. Es hätten sich Zustände herausgebildet, die den beständigen Protest der gesamten Zimmererbewegung heraussetzen müssen. Völlig ungünstig seien die Schadstoffrichtlinien für Eisenbetonbauten, die nicht etwa, wie jeder vernünftige Mensch annimmt, den Bauarbeitergesundheit unterstellt, sondern den Ziegelschlagern. Das habe zur Folge, daß sich die Unternehmer durchaus nicht verpflichtet fühlen, die betroffenen Maßnahmen durchzuführen wie im Hochbau.

Das heutige zweitürige Innens- und Außengerüst, das Zehn von Abstellungen erhöht die Unfallgefahr im Betonbau ganz wesentlich. Aufstellen müsse ganz besonders die Zahl der tödlichen Unfälle im Betonbau, die 16,0 Prozent betragen, während sie bei den alten Betonbauern und den Ziegelschlagern 7,8 Prozent betragen. Die bedeutsamsten Unfälle würden aber hauptsächlich mit verursacht durch die herrschende Arbeitsmethode, die in vielen Fällen die amerikanische noch in den Schatten stellt. Vollständig verklagt hätten auch die Behörden, die der neuen Bauweise nicht die nötige Wohlbau zugewendet und keine geeigneten Schutzvorschriften zur Sicherung des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter erliegen.

Die Frage ist sich nun, welche Maßnahmen wir Zimmerer zu ergreifen hätten, um diesen unhalbaren Zuständen zu steuern. Da würde nur die Selbsthilfe übrig, die darin besteht, daß wir überall

die für den Hochbau gültigen Vorschriften auch auf Eisenbetonbauten durchsetzen, daß wir ferner den Verkündigungen der Beamten, die Bauten in der allerkürzesten Zeit unter Verlängerung des normalen Arbeitstages herzustellen, den schärfsten Widerstand entgegenbringen. Wohin sollte es mit uns kommen, wenn Verlangen erfüllt würden, wie sie die Firma Stell u. Löser für die Neubauten der Opferfabrik Krause u. Baumann in Heidenau gestellt habe: den Arbeitstag früh 4 Uhr beginnen und abends 10 Uhr beenden zu lassen. Natürlich gewiesen könnten die Humiliorungen der Betonarbeiter nur durch einmütiges Zusammensein aller Zimmerer werden.

Zur der Diskussion wurden die Ausführungen des Redners von im Betonbau beschäftigten Kameraden scharf unterstrichen. Das Antreibendeinstem der Polizei, daß Werkarbeiten verschiedene Säulen, die Bogenhaftigkeit der zugereisten jungen Zimmerer, die nicht vertraut mit den Dresden Wörtchen für Eisenbeton, oftmals ihr Leben leidenschaftlich auf Spiel seien, wurden scharf kritisiert. Ganz besonders aber beschäftigten sich die Zimmerer mit dem Gerüstbau am städtischen Speicherbau. Entgegen aller Dresdener Gewissensbisse wurde dort verfahren. Das noch jede Richtung hin gesetzte und brauchbare Hochgerüst fehle da vollständig. An Stelle dessen behielt man sich mit liegenden Gerüsten, die aber entschieden zu verwerfen seien, da sie durchaus nicht die nötige Sicherheit für die Arbeiter gewährten. Scharf hervorgehoben wurde ganz bestens, daß gerade die Stadtverwaltung es aufsetze, daß beim Speicherbau solche leichtfertige Gerüststrebelen in Dresden zeitig zur Anwendung kämen.

Die Vermittler nahmen schließlich einstimmig folgende Resolution an:

Die am 4. September 1913 im Neukirchener tagende Versammlung der im Betonbau beschäftigten Zimmerer erklärte es für eine dringende Pflicht der Behörden, den Bauarbeiteraufschlag am Betonbau eine beizondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Die Zimmerer hielten es für unabdinglich notwendig, daß die Vorstände der Bauarbeitergenossenschaften in bezug auf Außen- und Innengerüst sowie auf Abdichtungen und Reinigungen der Treppen und Transportwege auch für Eisenbeton wahrgenommen werden.

Bei Bauten, die nur aus Pfosten und Decken aufgeführt werden, sind ebenfalls die im Bauwesen üblichen scheinbaren Gefährden von unten aus verhindern, da nur durch solche Gerüste Leben und Gesundheit der Arbeiter wirklich geschützt werden können. Die Vermittler sprachen die Bedauern aus, daß an dem großen Speicherbau, der von der Stadt vergeben ist, kein stehendes Gerüst angeordnet wurde und die von den Arbeitern gestellten Anträge auf Errichtung eines solchen ablehnd bezeichnet worden sind.

Der ablehnende Standpunkt der Stadtverwaltung hat aber die am Bau beschäftigten Zimmerer noch nicht davon überzeugen können, daß die jetzt angebrachten liegenden Gerüste allen Anforderungen entsprechen und das bestehende Gerüst erlauben.

Inland.

Oststrafenauflösungen.

Ein heftiger Kampf wurde in Köln bei den Wahlen zur Oststrafenauflösung geführt. Er ergab für die freien Gewerkschaften 6752 Stimmen und 21 Vertreter und für die christlich-nationalen Arbeiter- und Frauenvereine 6252 Stimmen und 19 Vertreter. Damit ist die Herrschaft der Christlichen in der Kölnischen Allgemeinen Oststrafenauflösung endgültig geworden. Die christlichen Gewerkschaften hatten sich zu Kundgebung gegen alles herangemeldet, was nur irgendwie mit der Angst vor der Sozialdemokratie zu schaffen war; sie hatten sich vor allem auf die weiblichen Wähler und die vielen jugendlichen Angehörigen konzentriert, deren große Menge noch so umfangreich ist, daß sie willig von ihrem Schirmherrn Feinde einzogen ließ. Sogar die Männer in den Krankenhäusern eilten scharenweise zur Wahl, um die schwarze Fahne zu schwingen. Alle Machthabenden sind indes erfolglos geblieben. Im christlichen Lager herrscht angesichts der großen Anstrengungen Niedergeschlagenheit.

Neuer Konfliktboss im Baugewerbe.

Der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberverbands für das Baugewerbe hatte, wie in der neuesten Nummer des Grünstein vom 6. September gemeldet wird, zur Durchsetzung der zum 1. Januar festigen Tarifverträge am 19. August vier seiner Mitglieder, die Herren Behrens, Popp, Lüscher und Hellermeyer, entsandt. Nur dies schon etwas Ungewöhnliches, so sollte die Durchsetzung der Verträge den Vertretern der Arbeitgeberorganisationen erst die Pläne des Bundes entführen. Es legen 88 Verträge zur Genehmigung vor, die leider sind Gnade vor den Augen der Bundesvertreter. Alle wurden abgelehnt. Die leidige Ablösarbeit hat es dem Vorstand des Arbeitgeberverbands angetragen. Die Unzufriedenheit sei bestätigt, meint er. Es werde jetzt nur noch nach "Arbeiterkategorien" unterschieden. Wo in einer dieser Kategorien Ablös vorgenommen sei, da müsse er auch für die ganze Kategorie gelten. Ein recht schöner Beispiel wurde zur höheren Verständlichkeit der Ansicht der Unternehmer angeführt: In Nürnberg werden Waschbetrie

Laferme-Kenner-Vielliebchen-Cigaretten.

Manufakturw. u. Wäsche	Obst- und Grünwaren	Photograph-Artikel	Topfgeschirre	Weine, Liköre	Dresden-Löbtau	Coswig
Leib-, Tisch- und Bettwäsche Erstlingswäsche Bettfedern, Daunen	P. Stange, Margarethenstr. 5	A. M. Bachstein — Felix Reimann —	Max Krüger Königgrätzerstr. 42 Einhäckselpföde etc. Auf Wunsch legte zu: Glasur, u. Stahlputz-Geschäfte Billig, Freies Recht Bedienung.	Schinke's Wermutwein reiner Traubensaft mit Pflanz. Schnike & Co.	Karl Schwarze, Fleischermeister, Martin Thamm Fleischer, Str. 79	L. Baldau, Uhren, Gold- u. Silberware, Optik, Reparaturw.
E. Venus Augenstraße 20, Teilzahlung gestattet! auch bei Auslieferung nach Maß	Papierwaren Max Sariert Papier- u. Lederwaren billig, Opposite, 16.	Felix Reimann —	Topfgeschirre	Schinke's Wermutwein	Hecker, Konditorei Reitew., Str. 79	M. Flechan Spezialität und Möbeltransport.
F. L. Fritschmann Freitestr. 16 I. Etag.	Patentbüro P. Naumann Annenstr. 44 Tel. 7679 Anschrift e. Kostenlos.	Galeriestr. 19/181 Tel. 18228.	Max Krüger Königgrätzerstr. 42 Einhäckselpföde etc. Auf Wunsch legte zu: Glasur, u. Stahlputz-Geschäfte Billig, Freies Recht Bedienung.	Schinke's Wermutwein	Viktoria-Drop Konditorei 33	Trinkt Gründer's Mineralwasser.
Wenzel & Godt Feldschmiederei, 24. S. G. Spez. Fröllerwaren.	Putz- und Modewaren P. Naumann Annenstr. 44 Tel. 7679 Anschrift e. Kostenlos.	Galeriestr. 19/181 Tel. 18228.	Uhren und Goldwaren	Schinke's Wermutwein	Johannes Reum u. Weißwaren.	
Einsbergerer 1 Fleisch, Schäufen	Rich. Braunisch Damen- und Kinderhüte Corsets. 45 Weidnerstr. 45.	Galeriestr. 19/181 Tel. 18228.	Edwin Falke, Falkenstr. II.	Georg Schinke, Comagd.-Ges.	Otto Häse Möbelgeschäft	
E. Funke Ecke, Hertelstraße.	Restaurants Alt Gaßmeyer Schloßstr. 21 nur echt bayrische Biere et. Köche.	Galeriestr. 19/181 Tel. 18228.	Alfred Müller, Rosenstr. 40.	Franz Winkler Bodenbacherstr. 19.	Rudolf Koch Buchbinderei u. Bücherdruckerei.	
J. Ronneberger Schiffstraße 6 Große Auswahl einfacher Preisgünstiger Möbel billige Preise.	Theodor Körner Große Auswahl nur schöner Holz für billige Preise.	Galeriestr. 19/181 Tel. 18228.	Heinz Richter Margaretenstr. 45 billig, Freies Recht.	A. L. Fuchs Lederfabrik mit Dampfbetrieb Detail-Verkauf, Uhlendorf, 25.	Oskar Pöhlkner Leder- u. Waren.	
H. Möbelhaus „Union“ Dresden-N. Altmüller, 17. Vorrichtungen für Wohnungseinrichtungen sowie Möbel jeder Art.	Ed. Krafft's Echt Bayr. Bierstuben König Johannstr. 11 Ausschank nur echter Biere. Speisen gut und billig.	Galeriestr. 19/181 Tel. 18228.	M. Röber Königgrätzerstr. 34 ab Lindenplatz T. 0888.	A. L. Fuchs Lederfabrik mit Dampfbetrieb Detail-Verkauf, Uhlendorf, 25.	Heinz Richter Margaretenstr. 45 billig, Freies Recht.	
C. Donath Galeriestr. 12, eig. Rept.-Wurst. 5% Rabatt.	Waldschänke Stadtwald-Schlösschen Postplatz. Staubfreier Garten.	Galeriestr. 19/181 Tel. 18228.	O. Schwabefisch, Leipzigstr. 32 Eck, Hartigstr. Auch Reparatur.	A. L. Fuchs Lederfabrik mit Dampfbetrieb Detail-Verkauf, Uhlendorf, 25.	A. Richter Leder- u. Waren.	
Hausmanns Möbelhaus Einsbergplatz 22 Bei Einkauf von 100 Mk. an gewähre ich Ihnen Eingangspreise.	Ed. Krafft's Echt Bayr. Bierstuben König Johannstr. 11 Ausschank nur echter Biere. Speisen gut und billig.	Galeriestr. 19/181 Tel. 18228.	T. Zimmermann Urmeschenstr.	A. L. Fuchs Lederfabrik mit Dampfbetrieb Detail-Verkauf, Uhlendorf, 25.	A. Richter Leder- u. Waren.	
G. Landrock's Möbelhaus 8 Prozent Kassensparbett Königgrätzerstr. 24.	Waldschänke Hellerau mit Straßenbahn Nr. 7 ab Postplatz in 30 Minuten zu erreichen.	Galeriestr. 19/181 Tel. 18228.	J. Jacob's Schuhhäuser Walter's Schuhwaren zum Freischtütz	Richard Krebs Geyer i. Sa. Lebensmittel-Fabrik im weiblichen Strumpfwaren.	Oskar Hühnel Großes Schuhwarenlager Hölz. Gummi u. Turnschuhe Wartburgstr. 23.	
Knickeler Möbel-Fabrik Friedrich Knickeler Mittlerstraße 13.	Waldschänke Hellerau mit Straßenbahn Nr. 7 ab Postplatz in 30 Minuten zu erreichen.	Galeriestr. 19/181 Tel. 18228.	Just Turnschuh	Heim. Thomschke Spiritus- und Likör-Fabrik Dresden-A., gr. Kirchg. 2.	M. Stange, Fleischermeister Bind- u. Schuhmacherschäfte Telephone 6894.	
I. A. Brunnens Amalienstr. 27 Hausmanns Amalienstr. 27 Laden für Verkleidungsbüste Josephstr. 24.	Waldschänke Hellerau mit Straßenbahn Nr. 7 ab Postplatz in 30 Minuten zu erreichen.	Galeriestr. 19/181 Tel. 18228.	Reinhard Kürth, Geyer Strick-Weise, Sweater etc.	Otto Mühlle	Curt Brückner Fleisch- u. Waren. Gottlieb Kellner.	
Polster-Möbel-Gesellschafts- klüft, Ferdinandstr. 19, 5%. Gelegenheitsmöbel bei Kellstr. 19.	Waldschänke Hellerau mit Straßenbahn Nr. 7 ab Postplatz in 30 Minuten zu erreichen.	Galeriestr. 19/181 Tel. 18228.	Wash.-u.-Platt-Anstalten	Richard Krebs Geyer i. Sa. Lebensmittel-Fabrik im weiblichen Strumpfwaren.	E. Bruchholz Fleisch- und Fett-Fabrik, Konservenfabrik.	
Wieschner Möbelhaus A. Freud, Leipzigerstr. 94 u. 93	Wobsa echte Biere a Glas 20 Pf. Vorzüglich billige Speisen Große Brücknerstr. 13-14.	Galeriestr. 19/181 Tel. 18228.	Glitzner's Waschanstalt	Heim. Thomschke Spiritus- und Likör-Fabrik Dresden-A., gr. Kirchg. 2.	K. Pietzsch Wiederaufbau, 10.	
Molkerei-Artikel	Wobsa echte Biere a Glas 20 Pf. Vorzüglich billige Speisen Große Brücknerstr. 13-14.	Galeriestr. 19/181 Tel. 18228.	Scheuerläufer	Richard Krebs Geyer i. Sa. Lebensmittel-Fabrik im weiblichen Strumpfwaren.	O. Pfeifferkorn Schuh- u. Waren.	
A. Harzbecker Unterstr. 102 Hausmanns Amalienstr. 27 Laden für Verkleidungsbüste Josephstr. 24.	Wobsa echte Biere a Glas 20 Pf. Vorzüglich billige Speisen Große Brücknerstr. 13-14.	Galeriestr. 19/181 Tel. 18228.	Hausfrauen	Wash.-u.-Platt-Anstalten	Rich. Röntsch Fleisch- Wurst- und Waren.	
Monats-Garderobe	Wobsa echte Biere a Glas 20 Pf. Vorzüglich billige Speisen Große Brücknerstr. 13-14.	Galeriestr. 19/181 Tel. 18228.	Kunath & Polke	Bauer & Haase Kolonialwaren und Landes-Produkte 7 Verkaufsstellen 7 8 Prozent Rabatt.	Arth. Thieme Osterwitzerstr. 1.	
Erste Dresdenner Bügel-Anstalt König Johannstr. 9. Jos. Kafusch, Schneiderstr. Friedrichstr. 6. Optiker-Yeich. Auslieferung möglich, Herrengard. Hosenstr. 210 alle u. neu. Dam- u. Herrengard.	Wobsa echte Biere a Glas 20 Pf. Vorzüglich billige Speisen Große Brücknerstr. 13-14.	Galeriestr. 19/181 Tel. 18228.	Barthels Wäscherei	Bauer & Haase Kolonialwaren und Landes-Produkte 7 Verkaufsstellen 7 8 Prozent Rabatt.	Georg Sobe Damen, Herren- u. Kinder-Bekleidung.	
Mühl.-Produkt.	Wobsa echte Biere a Glas 20 Pf. Vorzüglich billige Speisen Große Brücknerstr. 13-14.	Galeriestr. 19/181 Tel. 18228.	Dampfwaschanstalt	Bauer & Haase Kolonialwaren und Landes-Produkte 7 Verkaufsstellen 7 8 Prozent Rabatt.	Spahn's Markthalle Inh. Moritz Döke Täglich frisches Obst u. Grün. Dresdnerstr. 49	
Hausfrauen verlangt	Wobsa echte Biere a Glas 20 Pf. Vorzüglich billige Speisen Große Brücknerstr. 13-14.	Galeriestr. 19/181 Tel. 18228.	Wäscherei	Bauer & Haase Kolonialwaren und Landes-Produkte 7 Verkaufsstellen 7 8 Prozent Rabatt.	Deuben Carl May am Rathaus	
Pratzschwitzer Mühlenbrot Tel. 18228.	Wobsa echte Biere a Glas 20 Pf. Vorzüglich billige Speisen Große Brücknerstr. 13-14.	Galeriestr. 19/181 Tel. 18228.	Wäscherei	Bauer & Haase Kolonialwaren und Landes-Produkte 7 Verkaufsstellen 7 8 Prozent Rabatt.	Georg Sobe Damen, Herren- u. Kinder-Bekleidung.	
Obst- und Beerenweine	Robert Weber Großmarktnstr. 38. Telefon 2217 Vorzügl. Weine u. bek. Qualitäten zu haben in allen Geschäften der Konkurrenz.	Galeriestr. 19/181 Tel. 18228.	Wäscherei	Bauer & Haase Kolonialwaren und Landes-Produkte 7 Verkaufsstellen 7 8 Prozent Rabatt.	Max Schubert Woll- u. Waren-Haus gegenüber Deutsche Bank.	
Robert Weber	Robert Weber Großmarktnstr. 38. Telefon 2217 Vorzügl. Weine u. bek. Qualitäten zu haben in allen Geschäften der Konkurrenz.	Galeriestr. 19/181 Tel. 18228.	Wäscherei	Bauer & Haase Kolonialwaren und Landes-Produkte 7 Verkaufsstellen 7 8 Prozent Rabatt.	H. Witzschas Möbeltransport Beurdigung-Anstalt.	
Dr. Eichler Dr. Cotta, Hölderlinstr. 28. Eig. Kellerei — Billig, Preis.	Optiker	Galeriestr. 19/181 Tel. 18228.	Wäscherei	Bauer & Haase Kolonialwaren und Landes-Produkte 7 Verkaufsstellen 7 8 Prozent Rabatt.	W. Hoffmann Nachl. Destillation.	
Ed. Wiegand Wallstr. 8 Telefon 18109 In Optik sieht das Neueste.	Optiker	Galeriestr. 19/181 Tel. 18228.	Wäscherei	Bauer & Haase Kolonialwaren und Landes-Produkte 7 Verkaufsstellen 7 8 Prozent Rabatt.	W. Fuhrmann Galanterieware Dresdnerstr. 69	
Georg Bader Friedrichstr. 10 Königstr. 11 Königstr. 12 Königstr. 13 Königstr. 14 Königstr. 15 Königstr. 16 Königstr. 17 Königstr. 18 Königstr. 19 Königstr. 20 Königstr. 21 Königstr. 22 Königstr. 23 Königstr. 24 Königstr. 25 Königstr. 26 Königstr. 27 Königstr. 28 Königstr. 29 Königstr. 30 Königstr. 31 Königstr. 32 Königstr. 33 Königstr. 34 Königstr. 35 Königstr. 36 Königstr. 37 Königstr. 38 Königstr. 39 Königstr. 40 Königstr. 41 Königstr. 42 Königstr. 43 Königstr. 44 Königstr. 45 Königstr. 46 Königstr. 47 Königstr. 48 Königstr. 49 Königstr. 50 Königstr. 51 Königstr. 52 Königstr. 53 Königstr. 54 Königstr. 55 Königstr. 56 Königstr. 57 Königstr. 58 Königstr. 59 Königstr. 60 Königstr. 61 Königstr. 62 Königstr. 63 Königstr. 64 Königstr. 65 Königstr. 66 Königstr. 67 Königstr. 68 Königstr. 69 Königstr. 70 Königstr. 71 Königstr. 72 Königstr. 73 Königstr. 74 Königstr. 75 Königstr. 76 Königstr. 77 Königstr. 78 Königstr. 79 Königstr. 80 Königstr. 81 Königstr. 82 Königstr. 83 Königstr. 84 Königstr. 85 Königstr. 86 Königstr. 87 Königstr. 88 Königstr. 89 Königstr. 90 Königstr. 91 Königstr. 92 Königstr. 93 Königstr. 94 Königstr. 95 Königstr. 96 Königstr. 97 Königstr. 98 Königstr. 99 Königstr. 100 Königstr. 101 Königstr. 102 Königstr. 103 Königstr. 104 Königstr. 105 Königstr. 106 Königstr. 107 Königstr. 108 Königstr. 109 Königstr. 110 Königstr. 111 Königstr. 112 Königstr. 113 Königstr. 114 Königstr. 115 Königstr. 116 Königstr. 117 Königstr. 118 Königstr. 119 Königstr. 120 Königstr. 121 Königstr. 122 Königstr. 123 Königstr. 124 Königstr. 125 Königstr. 126 Königstr. 127 Königstr. 128 Königstr. 129 Königstr. 130 Königstr. 131 Königstr. 132 Königstr. 133 Königstr. 134 Königstr. 135 Königstr. 136 Königstr. 137 Königstr. 138 Königstr. 139 Königstr. 140 Königstr. 141 Königstr. 142 Königstr. 143 Königstr. 144 Königstr. 145 Königstr. 146 Königstr. 147 Königstr. 148 Königstr. 149 Königstr. 150 Königstr. 151 Königstr. 152 Königstr. 153 Königstr. 154 Königstr. 155 Königstr. 156 Königstr. 157 Königstr. 158 Königstr. 159 Königstr. 160 Königstr. 161 Königstr. 162 Königstr. 163 Königstr. 164 Königstr. 165 Königstr. 166 Königstr. 167 Königstr. 168 Königstr. 169 Königstr. 170 Königstr. 171 Königstr. 172 Königstr. 173 Königstr. 174 Königstr. 175 Königstr. 176 Königstr. 177 Königstr. 178 Königstr. 179 Königstr. 180 Königstr. 181 Königstr. 182 Königstr. 183 Königstr. 184 Königstr. 185 Königstr. 186 Königstr. 187 Königstr. 188 Königstr. 189 Königstr. 190 Königstr. 191 Königstr. 192 Königstr. 193 Königstr. 194 Königstr. 195 Königstr. 196 Königstr. 197 Königstr. 198 Königstr. 199 Königstr. 200 Königstr. 201 Königstr. 202 Königstr. 203 Königstr. 204 Königstr. 205 Königstr. 206 Königstr. 207 Königstr. 208 Königstr. 209 Königstr. 210 Königstr. 211 Königstr. 212 Königstr. 213 Königstr. 214 Königstr. 215 Königstr. 216 Königstr. 217 Königstr. 218 Königstr. 219 Königstr. 220 Königstr. 221 Königstr. 222 Königstr. 223 Königstr. 224 Königstr. 225 Königstr. 226 Königstr. 227 Königstr. 228 Königstr. 229 Königstr. 230 Königstr. 231 Königstr. 232 Königstr. 233 Königstr. 234 Königstr. 235 Königstr. 236 Königstr. 237 Königstr. 238 Königstr. 239 Königstr. 240 Königstr. 241 Königstr. 242 Königstr. 243 Königstr. 244 Königstr. 245 Königstr. 246 Königstr. 247 Königstr. 248 Königstr. 249 Königstr. 250 Königstr. 251 Königstr. 252 Königstr. 253 Königstr. 254 Königstr. 255 Königstr. 256 Königstr. 257 Königstr. 258 Königstr. 259 Königstr. 260<br						

Professor

Max Reinhardt sucht

für die am 19. und 20. September im Circus

SARRASANI

erfolgenden Aufführungen des

MIRAKEL

von Karl Vollmoeller, Musik von Engelbert Humperdinck, Regie Professor Max Reinhardt

**ca. 500 stimmbegabte Damen und Herren
und ca. 2000 Personen**

**ca. 1000 Damen u.
ca. 1000 Herren**

für die Ensembleszenen.

Persönliche Anmeldung am Freitag den 12. September und Sonnabend den 13. September ab 10 Uhr morgens im Bureau des Circus Sarrasani, Briestrasse. [L-1212]

IV. Wahlkreis – Dr.-Pieschen.

Dienstag den 9. September, abends 9 Uhr

Oefftl. Frauen-Veranstaltung

im Gasthof Pieschen, Torgauer Straße.

Frau Anna Gradnauer spricht über das Thema: **Die Frauen und die Reichstagswahl.**

Freie Aussprache.

Der groÙe Wichtigkeit dieser Versammlung wegen wird um recht zahlreiches Schreiben der Frauen und Mädeln erfreut. Werde niemand seine Pflicht zu erfüllen.

Die Clubberaterin: Clara Riedl, Heidstraße 9, 3.

Rößchenbroda, Niederlößnitz

und Nachbarorte.

Sonnabend den 13. September 1913, abends Punkt 9 Uhr

Oeffentl. Wahlversammlung

im Saale des Kulmbacher Hofs in Rößchenbroda.

Tages-Debatte:

**Die bevorstehende Reichstagsersatzwahl
und die Parteien.**

Referent: Reichstagskandidat Stadtverordneter **Wilhelm Bock**, Dresden.

Vorab: Debatte. — Zutritt und Redefreiheit für jedermann.

Männer und Frauen aller Bevölkerungsschichten, erscheint in Massen! Der Einberuter.

Möbel in echt und imitierter Beizeit von jetzt
direkt aus Wilsdruff vom

Genossen Hildebrand.
Eigene Tapetenwerksstätten. Nr. 113.

Gewinnspiel für den roduktionellen Zeit: Ding Gag, Dresden. — Gewinnspiel mit dem Inserententeil: Reinhold Eichler, Dresden-Kaufland. — Druck von Raben u. Remp., Dresden.

Central-Theater

Beispielloser Erfolg des
Eröffnungs-Programms!
Severin
Serene Nord
und die neuen Attraktionen.

Sonn- und Feiertags 2 Vorstellungen
Rauchen überall gestattet! [A 39]

Vierter Wahlkreis.

Bezirk Brieschen-Trachenberge.

Donnerstag den 11. September 1913, abends 9 Uhr

Volks-Veranstaltung

im Gasthof zum Wilden Mann in Trachenberge.

Tages-Debatte:

Was nützen uns 110 Sozialdemokraten im Reichstage?

Referent: Reichstagskandidat **Wilhelm Bock**.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch erwartet. Der Einberuter.

Vorab: Freie Aussprache für jedermann. — Mädelnhaftes Besuch er